

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 182 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 4/2010 VOM 26. MÄRZ 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Mit Stadtverordnetenforen
gegen die Finanzkrise**
»Aufgabenkritik« in Eberswalde

6 | **Dem eigenen
Wohl verpflichtet**
Sicht des Ex auf Landratsaufgaben

14 | **An der Spitze für die
Revolution und gegen Kapp**
Vor 90 Jahren starb Philipp Zopf (1)

Breitband-Internet bald in ganz Eberswalde

Sommerfelde, Tornow und Clara-Zetkin-Siedlung sollen bis Sommer 2011 ans DSL-Netz



Die Clara-Zetkin-Siedlung gehört wie die Ortsteile Sommerfelde und Tornow zur Kreisstadt Eberswalde. Was das schnelle Internet betrifft, fühlen sich die Einwohner dort noch so, als wohnten sie in einem abgelegenen Dorf.

Bockhardt überfordert?

Bodo Ihrke hilft dem Amtierenden als »illegaler« Landrat

Eberswalde (bbp). Die Spatzen pfeifen es inzwischen von den Dächern. Der am 22. Januar 2010 aus dem Dienst verabschiedete Ex-Landrat Bodo Ihrke geht nach wie vor »tagtäglich« im Kreishaus ein und aus. Seinen Privat-PKW parkt er derweil auf demselben Stellplatz, den er früher mit dem Dienstwagen nutzte. Dabei hält er sich vorrangig in der Leitungsetage, wird aber auch oft im Haus B gesehen und nimmt regelmäßig an Beratungen teil. Beispielsweise am Montag, den 15. März, und am Donnerstag, den 18. März, von 11.30 Uhr bis 13.30 Uhr.

Während manche befürchten, Ihrke könne sich auf diese Weise unerlaubten Zugriff auf die Unterlagen seiner Mitbewerber bei der für April im Kreistag geplanten Landratswahl verschaffen und nichtöffentliche Internas erfahren, gehen andere davon aus, daß der amtierende Landrat Carsten Bockhardt die Hilfe Ihrkes unbedingt braucht, weil er allein mit der Führung der Geschäfte der Kreisverwaltung überfordert sei.

Eberswalde (bbp). Seitens des Landkreises Barnim gibt es Anstrengungen, unter Nutzung von Förderprogrammen des Landes Brandenburg die »weißen Flecken« in der Versorgung der Bevölkerung mit schnellen Internet-Anschlüssen im Landkreis zu beseitigen (BBP 1/2010). Carsten Zinn, Stadtverordneter der Linken, wollte von der Verwaltung wissen, welche Teile des Stadtgebiets Eberswalde von einer unzureichenden Versorgung mit Breitband-Internet betroffen sind, welche Anstrengungen zur Schließung dieser Versorgungslücken unternommen wurden und wann damit zu rechnen ist, daß die Einwohnerinnen und Einwohner im gesamten Stadtgebiet einen Breitband-Internetanschluß nutzen können?

»Nach Recherchen der Stadtverwaltung«, heißt es in der Antwort des amtierenden Baudezernenten Udo Götze, »ist in den Ortsteilen Sommerfelde und tornow sowie in der Clara-zetkin-Siedlung keine DSL-Bereitstellung über die Telefonleitungen möglich. In Spechthausen kann DSL mit einer geringen Geschwindigkeit bereitgestellt werden.« Für weitere periphere Ortslagen kämen nur individuelle Funklösungen in Betracht.

Die Verwaltung habe sich mit ihren Bemühungen um eine DSL-Lösung auf die Ortsteile Sommerfelde, Tornow und die Clara-Zetkin-Siedlung konzentriert. Intensive Kontakte gab es in der ersten Jahreshälfte 2009 zur Telekomtochter T-Mobile. Mitte des Jahres wurden die Verhandlungen seitens T-Mobile abgebrochen. Auch alternative Bemühungen mit anderen Gesellschaften, wie der Lausitzer Kabelgesellschaft blieben ohne Erfolg.

Im Herbst begannen erneute Bemühungen, die in einer Ausschreibung gipfelten. Am 20. Januar wurden die drei eingegangenen Angebote von T-Mobile Deutschland GmbH, e.discom und Airspace Communications GmbH geöffnet. Alle drei Firmen wiesen wirtschaftliche Deckungslückenaus, die von der Stadt zu tragen sind. Dafür können Fördermittel des Landes in Anspruch genommen werden (Förderung neunzig Prozent bei zehn Prozent städtischem Eigenanteil).

Mitte Februar wurde T-Mobile informiert, daß deren Angebot ausgewählt worden sei und »die Stadt nach Bereitstellung von Fördermitteln des Landes die Breitbandinternet-Versorgungslücke in den Ortsteilen Sommerfelde, tornow sowie im Wohngebiet Clara-Zetkin-Siedlung« vornehmen möchte. Die Fördermittelanträge seien derzeit in Vorbereitung. Nach Vorlage der Fördermittelbescheide sei der Vertragsabschluß möglich.

»Die Firma T-Mobile Deutschland GmbH sichert in ihrem Angebot zu, daß innerhalb von 12 Monaten nach Vertragsabschluß Breitband-Internetanschlüsse für die Bevölkerung bereitstehen.«

Die wirtschaftliche Deckungslücke (Sommerfelde/Tornow – 38.441 Euro, Clara-Zetkin-Siedlung – 14.223 Euro) muß über Fördermittel sowie einen Eigenanteil aus dem städtischen Haushalt (10 % entsprechen 5.266,40 Euro) bereitgestellt werden.

»Mit einer Fördermittelbereitstellung«, so Udo Götze, »kann nach telefonischer Auskunft frühestens im Mai gerechnet werden. Der Vertragsabschluß würde sich dann umgehend anschließen. Somit können inden drei betroffenen Gebieten spätestens im Sommer 2011 schnelle Breitband-Internetanschlüsse zur Verfügung stehen.«

Die schöne Skadi

Sie erinnern sich an die Schneeberge auf den Straßen? Es war nicht zu übersehen, der Winterdienst in Eberswalde und Umgebung hat nicht funktioniert. Um den General Winter im nächsten Jahr zu besiegen, werden nun mit viel bürokratischer Kraft Aktionspläne erstellt. Ob wir dann wieder mit Chaos rechnen müssen? Denn wahrscheinlich schaffen die es nicht. Ein bißchen nachdenken lohnte auf sich jeden Fall.

Unsere Vorfahren waren schlau und hatten recht klare Vorstellungen von ihrer Umwelt, deren Launen sie Göttern zuordneten. Skadi, die kapriziöse und wilde Wintergöttin der Nordgermanen liebte die Berge und die Jagd. Wie alle Frauen ist Skadi zuweilen herrlich schön und für Männer völlig unberechenbar. Mal leuchtet sie in allen Farben hell und klar. Das Blau ihrer Augen, ihr rotes Haar und das weiße Kleid harmonieren und verbreiten Freude. Gleich darauf fröstelt man schon, wenn man Skadi nur anschaut. Ihr Anlitz verdunkelt sich und Wehe dem der in stürmischer Winternacht auf die Straße muß. Gleich darauf ist Skadi wieder sanft und bedeckt mütterlich die Saaten mit wärmendem Schnee.

Skadi wird im bunten Herbst geboren. Als Kind spielt sie mit dem Wind. Dann freuen wir uns an ihrer aufregenden Schönheit. Als Diva ist Skadi kalt und mächtig. Und selbst als Dame wird sie unvorsichtigen Müßiggängern noch gefährlich.

Die spätrömische Propagandamaschine muß uns ihr Geschlecht verschwiegen haben, denn seitdem kennen die Deutschen nur den grausamen, harten und gnadenlosen Winter. General Winter siegt unbarmherzig in jedem Jahr selbst über die bürokratische, freiheitlich-demokratische Grundordnung. Da läßt sich wohl nichts machen. Weder die Bestenauslese, europaweite Ausschreibungen, Masterpläne, Bereitschaftsdienste, Einsatzstäbe und Knebelverträge sind hilfreich. Der General Winter gewinnt wohl immer.

Was wäre, wenn wir uns an die launische Skadi erinnern und ein feminines Programm einlegen? In weiblichen Wintern sollte man jederzeit mit allem rechnen und das auch akzeptieren. Skadi macht sowieso was sie will. Einsicht wäre der erste Weg zur Besserung. Mit der nötigen emotionalen Intelligenz ließen sich dann die ruhenden Kräfte mobilisieren. Einwohner und Verwaltungen könnten sich gegenseitig helfen, um den Schnee zu räumen.

Natürlich könnte man auch Kooperationsverträge abschließen. Die Bürgermeister würden die Bauern bitten, daß sie ihre Traktoren bewegen und den Schneepflug anspannen. Die Bauarbeiter könnten ihre Winterruhe unterbrechen und ihre Dumper anwerfen. Die Bürger würden vorsichtiger und gelassener reagieren.

*Woanders schaffen sie das auch.
Denn soviel Zeit muß einfach sein.*

Dr. MANFRED PFAFF

Krieg der Bundeswehr in Afghanistan:

Hitziger Meinungs-austausch

Der Bundestagsabgeordnete Hellmut Königshaus (FDP) weilte am 5. März auf Einladung des FDP-Ortsverbandes in Eberswalde. Auf dem Programm stand der Besuch des ehemaligen Militär-Flugplatzes Finow und eine abendliche Diskussionsrunde zum Thema: »Afghanistan – Gedanken zur (exit)-Strategie«.

Auf dem Flugplatz Finow wurde der Politiker aus Berlin von dem Flugplatz-Chef, Reinhard Otto, begrüßt. Dieser berichtete über den Stand der Bauarbeiten am Solar-Kraftwerk und über das Gerichtsverfahren gegen die ablehnende Entscheidung zur Planfeststellung des beabsichtigten Regionalflughafens. Für die Eberswalder Liberalen sprach sich deren Vorsitzender, Stephan Fischer, für eine erneute Prüfung der Planungsunterlagen aus, damit die Region mehr von diesem infrastrukturellen Alleinstellungsmerkmal profitieren kann.

Bei der Diskussion im Hotel Palmenhof befaßte sich der künftige Wehrbeauftragte mit Afghanistan und dem Bundeswehr-Einsatz in diesem fernen Land. Insbesondere sein Gesprächspartner, Major d. Res. Klaas Hinners, zog eine kritische Bilanz. So sei der Drogen-Anbau inzwischen wieder auf dem Stand vor der Machtübernahme durch die Taliban. Während der Reserve-Offizier Hinners jedoch die zahlenmäßige Schwäche der Bundeswehr

kritisierte, betonte der FDP-Politiker, der auch Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages ist, daß die deutschen Truppen in eine multinationale Gesamtheit eingebunden sind, und daß durch die aktuelle finanzielle und personelle Aufstockung auf die Probleme reagiert wurde. In der anschließenden Diskussion, die von Dr. Jürgen Stolpe (FDP) moderiert wurde, wurde deutlich, daß die ca. 30 Gäste durchaus geteilter Meinung zum weiteren Vorgehen waren. So entspann sich ein teils hitziger Meinungs-austausch über den Truppenabzug, in dessen Verlauf der Stadtverordnete Albrecht Triller den Saal verließ. Der Fraktionsvorsitzende der FDP|Bürgerfraktion Barnim in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, Götz Trieloff, verwies hingegen auf die Bedeutung der Bündnistreue gegenüber den Nato-Partnern. Dafür erntete er viel Beifall vom überwiegend liberalen Publikum. Daß Politiker auch zuhören können, bewies der designierte Generalsekretär der Brandenburgischen FDP, Andreas Büttner, MdL, der nach Eberswalde kam, »um sich ein Bild von der Lage zu machen«. Und die ist ernst, aber es gibt keine einfachen Lösungen, was das nüchterne Resultat dieser liberalen Veranstaltung war.

STEPHAN FISCHER,

Vorsitzender FDP-Ortsverband Eberswalde

Freie Oberschule Finow:

Fünfzehn neue Schüler

Eberswalde (bbp). Der im Januar neu gewählte Vorstand des Trägervereins der Freien Oberschule Finow hat sich seither mehrmals getroffen. Auf der jüngsten Sitzung konnten sich die Vorstandsmitglieder über 15 Erstwunsch-Anmeldungen für die 7. Klasse des neuen Schuljahres freuen.

»Wir gehen von weiteren Schülerinnen und Schülern aus, die über ihren Zweitwunsch an die Schule kommen«, sagte der Vereinsvorsitzende Hartwin Schulz. »Wir haben verabredet, natürlich weiter für die Schule zu werben.« Für die kommende 7. Klasse sei inzwischen auch ein Klassenleiter im Blick. »Wir freuen uns auf die

zweite festangestellte Lehrkraft in unserer Schule«, so der Vereinsvorsitzende.

Mit den Informationen über die Schülerzahl im nächsten Schuljahr als Basis konnten nun auch die finanziellen Grundlagen für den weiteren Ausbau des Schulgebäudes mit der Hausbank des Vereins geklärt werden. Die zur Nutzung der oberen Etagen notwendige Feuertreppe kann bis zum Sommer eingebaut werden.

Schulleitung und Vereinsvorstand werden nun zügig an die Raumplanung herangehen. Zugleich gibt es viele Ideen, so Hartwin Schulz, das Schulhaus zu einem kulturellen Zentrum in Finow zu entwickeln.

Michael Luthardt online

Nach einer kurzen »Umbauzeit« ist die unsere Homepage www.michael-luthardt.de im neuen Outfit wieder online. Zukünftig werden Sie hier Aktuelles aus dem Wahlkreis und der Landtagsarbeit, wichtige Termine, den Tourenplan für das Bürgermobil, die Kontaktdaten usw. finden.

Stöbern Sie ruhig, es lohnt sich. Für Lob und Kritik sind wir jederzeit dankbar, natürlich auch in unserem Gästebuch!

CINDY PANZER

Berichtigung

In der vorigen Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« ist durch ein technisches Versehen der Autor des Beitrages »Hartz(is) - ab an die Schneeschieber!« auf Seite 1 nicht erwähnt worden. Hier der Nachtrag: Den Beitrag hat CARSTEN ZINN geschrieben.

Unvollständig blieb mit »Bundesarchiv« auch die Quellenangabe des Fotos auf Seite 1. Hier die vollständigen Angaben: Bundesarchiv, B 145 Bild-P022089, Fotograf: A. Frankl / Lizenz CC-BY-SA 3.0.

Fast zwei Monate für einen Blick ins Gesetz

Prüfung ergab: Brandenburger Pressegesetz gilt auch für die Stadtverwaltung Eberswalde

In ihrer Februarausgabe informierte die »Bamömer Bürgerpost« unter der Überschrift »Willkür entscheidet über Inhalte« über neueste Entwicklungen bei der Stadtteilzeitung für das Brandenburgische Viertel »Einblicke/Ausblicke«.

Auf der folgenden Sitzung des Sprecherrates am 8. Februar erklärte der Stadtverwaltungsmitarbeiter Burkhard Jungnickel, eine Prüfung seitens der Verwaltung habe ergeben, »daß die Stadtteilzeitung Einblicke/Ausblicke nicht nach dem Pressegesetz zu werten ist. Sie ist vielmehr ein Informationsmagazin zum Fördergebiet 'Soziale Stadt'. Die Zeitschrift ist so angelegt, daß sie über das Viertel, das Leben im Viertel, über Personen und Projekte berichtet. Sie ist ein Projekt der Öffentlichkeitsarbeit laut Förderrichtlinie, in der es heißt, '...in geeigneter Weise ist die Öffentlichkeit zu informieren...', z.B. ein Bauschild mit Hinweis auf die Förderung. Zukünftig soll das Stadtteilmagazin' als ein Beteiligungsprojekt dazu dienen, das Viertel und seine Aktivitäten und Projekte bekannt zu machen. Artikel und Fotos hierzu sind immer erwünscht.«

Auf die Frage nach den konkreten gesetzlichen Grundlagen, welche die Stadtverwaltung zu ihrer Einschätzung brachten, das Pressegesetz gelte nicht für die Stadtteilzeitung, wußte der Stadtangestellte keine Antwort. Die per

Mail am 10. Februar übermittelte Forderung, er möge das von ihm dargelegte Prüfergebnis »zeitnah den Mitgliedern des Sprecherrates in schriftlicher Form unter Nennung der konkreten Rechtsgrundlage und mit nachvollziehbarer Begründung zukommen« lassen, blieb seinerseits ohne Reaktion.

Zwischenzeitlich hatte sich auch der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn der Sache angenommen und sich an den zuständigen Dezernenten Lutz Landmann und schließlich, weil er ebenfalls keine Reaktion erfuhr, an den Bürgermeister gewandt. Zugleich bat der Sprecherratsvorsitzende Martin Hoek um Klärung zur Märzsession des Gremiums. Zu dieser Sprecherratsitzung am 8. März bedurfte es wiederum erst einer Nachfrage, um von der Amtsleiterin Kerstin Ladewig zu erfahren, daß gerade an diesem Tag das Prüfergebnis bei ihr eingegangen sei. Anschließend verzögerte ihr Urlaub die Bearbeitung der Anfrage. Nach erneutem Drängen griff sie an ihrem ersten Arbeitstag zum Telefon. Nach Redaktionsschluß konnte so die Antwort doch noch in den vorliegenden Beitrag eingearbeitet werden.

Verstöße gegen das Pressegesetz wegen des nicht veröffentlichten Artikels seien nicht ersichtlich – was allerdings auch niemand be-

hauptet hatte. Zugleich könne die Auffassung, wonach die Stadtteilzeitung außerhalb des Pressegesetzes stehe, nicht bestätigt werden.

Diese Antwort war zu erwarten. Im Pressegesetz des Landes Brandenburg ist dessen Geltung in § 7 Absatz 1 eindeutig formuliert: »Druckwerke im Sinne dieses Gesetzes sind alle mittels eines zur Massenherstellung geeigneten Vervielfältigungsverfahrens hergestellten und zur Verbreitung bestimmten Schriften...« Ausschlussgründe sind in Absatz 3 formuliert: »Den Bestimmungen dieses Gesetzes über Druckwerke unterliegen nicht: 1. amtliche Druckwerke, soweit sie ausschließlich amtliche Mitteilungen enthalten, 2. die nur zu Zwecken des Gewerbes und Verkehrs, des häuslichen und geselligen Lebens dienenden Druckwerke wie Formulare, Preislisten, Werbetracts, Familienanzeigen, Geschäfts-, Jahres- und Verwaltungsberichte und dergleichen sowie Stimmzettel für Wahlen.«

Daß es sich bei der Stadtteilzeitung um eine vervielfältigte und zur Verbreitung bestimmte Schrift handelt, dürfte außer Frage stehen. Ebenso, daß keiner der Ausschlussgründe zutrifft. Wieso die Klärung eines so einfachen Sachverhaltes fast zwei Monate dauert, ist indes schwer zu verstehen.

GERD MARKMANN

Viele kamen zum Subbotnik im Regen

An sechs Standorten im Brandenburgischen Viertel haben sich 108 EinwohnerInnen und Gäste am Auftakt zu den Wochen des Eberswalder Frühjahrespuzzes beteiligt.

Das Familienzentrum in der Potsdamer Allee gab bereits am Mittwoch (17.3.) den inoffiziellen Start. Die Arbeiterwohlfahrt setzte den Reigen am Freitag (19.3.) fort. Am Hauptaktionstag, dem 20. März, waren trotz Dauerregen der Sportverein SV Medizin, die Grundschule Schwärzensee, die Vereine an der Havellandstraße 15 sowie der »harte Kern« der Skater und Biker tatkräftig unterstützt von Stadtoberhaupt Friedhelm Boginski und Sachgebietsleiter Edmund Lenke am Wirken.

An den meisten Standorten habe ich persönlich mit Hand angelegt und konnte mich von einem insgesamt motivierenden Subbotnik-Elan und einer positiven Grundstimmung überzeugen, trotz der widrigen Witterungsverhältnisse. Allen AkteurInnen, vom Schüler, Elternteil, den Skatern und Bikern, den Sankt-Pauli-Fans, den SeniorInnen, den MieterInnen sowie den MitarbeiterInnen der Verwaltung und Geschäftsführung der AWO, dem harten Kern des SV Medizin, der Schulleiterin und dem Bürgermeister Friedhelm Boginski mein herzlichstes Dankeschön für das aktive und vorbildliche Handeln. Ein ganz besonderes Lob gilt unseren MigrantInnen im Viertel, die zahl-



Trotz Dauerregens folgten am 20. März zahlreiche Menschen, wie hier auf der Skateranlage im Brandenburgischen Viertel, dem Aufruf des Alnus e.V. zum Frühjahrespuzz in Eberswalde.

reich und sehr fleißig an der Grundschule Schwärzensee und am Vereinshaus an der ehemaligen Kita Spatzennest gewirkt haben, sowie der »PartyMüllerin« (Verantwortliche für Themenmärkte) in der Eberswalder Stadtverwaltung, Ines Müller, die mit kommunaler Gelassenheit und revolutionärer Umsicht die notwendigen logistischen Fragen und Probleme

zeitnah und zu großer Zufriedenheit geklärt und gelöst hat. Auch Hobbyfotograf und Produktionsarbeiter der Britzer Fleischwerke Thomas Gädicke aus der Prenzlauer Straße sei herzlich gedankt. Er hat es sich nicht nehmen lassen an einem seiner wenigen freien Sonntagen die Aktionen im Bild festzuhalten.

CARSTEN ZINN, Ortsvorsteher Brbg. Viertel

Eberswalde barrierefrei

»Das muß zuerst in die Köpfe!«

Das mittlerweile in den Fachausschüssen sowie in den Beiräten vorgestellte und diskutierte Konzept zum barrierefreien Eberswalde hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Zunächst gilt der zuständigen Fachreferentin in der Eberswalder Stadtverwaltung Barbara Ebert ein herzliches Dankeschön für die vorgelegte Fleißarbeit trotz nicht einfacher Rahmenbedingungen. Diese Konzeption gibt Gelegenheit, sich in komprimierter Form mit der gesellschaftlich wichtigen Materie und all ihren Facetten vertraut zu machen. Die Bilddokumentation zu den vielen negativen und leider wenigen positiven Beispielen wie in unserer Stadt mit gelebter und praktizierter Barrierefreiheit umgegangen wird ergänzen die vorgelegte Konzeption anschaulich und beweiskräftig.

Aus unserer Sicht gilt, daß das Anliegen einer barrierefreien Stadt Eberswalde zunächst in die Köpfe muß. Dabei sollten die Verwaltungsspitze einschließlich der AmtsleiterInnen im Rathaus, aber auch die Stadtverordneten, OrtsvorsteherInnen, sachkundige EinwohnerInnen und die Mitglieder der Beiräte und des Kinder- und Jugendparlaments, mit Vorbildwirkung vorangehen. Für die Haushaltsberatungen 2011 gilt es rechtzeitig eine Prioritätenliste zu erstellen. Dazu müssen Fachausschüsse und Beiräte zeitnah und verantwortungsbewußt ihre Zuarbeiten leisten. Dies gilt natürlich auch für die nachfolgenden Haushaltsjahre. Zukünftige Bauvorhaben, aber auch Veranstaltungen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, sind immer einer intensiven Prüfung auf Barrierefreiheit zu unterziehen in Übereinstimmung mit der Brandenburger Bauordnung. Im Übrigen heißt barrierefreies Leben auch, sozial Benachteiligte jederzeit am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben gleichberechtigt teilhaben zu lassen. Dies sei ganz besonders im Europäischen Jahr 2010 zur Bekämpfung gegen Armut und sozialer Ausgrenzung betont.

CARSTEN ZINN,

Fraktion Die Linke in der StVW Eberswalde

380-kV-Leitung:

Gutachtenfinanzierung

Eberswalde (bbp). Im Jahr 2009 hatten die Eberswalder Stadtverordneten beschlossen, sich mit 15.000 Euro an einem Gutachten der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom« für eine Erdverkabelung der geplanten 380-kV-Leitung (»Uckermarkleitung«) zu beteiligen. Gespräche mit der BI und den beteiligten Gemeinden haben inzwischen ergeben, daß seitens der Stadt Eberswalde ein Finanzierungsanteil von 30.000 Euro notwendig wird. Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE wurde am 18. März vom Hauptausschuß gegen die Stimmen von CDU und SPD eine entsprechende Erhöhung des Kostenanteils beschlossen.

Wieder raus aus dem Klimabündnis?

Eberswalde (bbp). Im Jahr 2006 hatten die Stadtverordneten den zuvor im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erfolgten Austritt aus dem Klimabündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern rückgängig gemacht. Der erste Jahresbeitrag in Höhe von 260 Euro war damals durch Spenden aufgebracht worden.

Der entsprechende Passus ist im Beschlußtext etwas mißverständlich formuliert. Während es den Einreichern darum ging, den ersten Jahresbeitrag mittels Spenden aufzubringen, inter-

pretiert die Stadtverwaltung den Text so, daß generell Spenden zu verwenden seien. In den Jahren 2007 bis 2009 (254 bzw. 290 Euro) waren die Beiträge jeweils aus Haushaltsmitteln beglichen worden. Im Rahmen der aktuellen Aufgabenkritik stieß man nun auf den mißverständlichen Beschlußtext. Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff wandte sich damit im Februar an die Stadtverordneten mit der Bitte um Klarstellung, »ansonsten müßte die Stadt in Umsetzung des Beschlusses aus dem Klimabündnis wieder austreten«.

Umzug der Schwärzeseeschule 2012?

Eberswalde (bbp). Bis Ende 2011 will der Landkreis mit dem geplanten Schulneubau auf dem Gelände des Gymnasium Finow fertig sein. Dies gehe aus einem Schreiben der Kreisverwaltung an die Stadt Eberswalde hervor, erklärte der städtische Beigeordnete Lutz Landmann im Bildungsausschuß. In das neue Schulgebäude soll der Gymnasialbereich des Oberstufenzentrums II umziehen, das seit Mitte der 90er Jahre im Brandenburgischen Viertel seinen Standort hat. Das Gebäude des OSZ war 1990 in Betrieb genommen worden. Nach der Übernahme durch den Landkreis erfolgten umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen. Die städtischen Schulen im Viertel wurden inzwischen bis auf die Grundschule »Schwärzese« alle geschlossen und abgerissen. Diese soll nach Auszug des OSZ dessen Gebäude über-

nehmen. Für das derzeitige Gebäude der Grundschule wird seitens der Stadtverwaltung der Abriß als einzige Alternative gesehen. Dort sind seit mehreren Jahren kaum noch die nötigsten Instandhaltungsmaßnahmen realisiert worden. Erst nach öffentlicher Kritik sollen jetzt erstmals nach der Wende die maroden Fenster ausgetauscht werden.

Nach dem Auszug des OSZ und anschließender Renovierung, so Landmann, könne der Umzug der Grundschule »Schwärzese« erfolgen. Ein genaues Datum nannte Landmann nicht. Die Mitteilung des Landkreises läßt aber darauf schließen, daß Ende des Schuljahres 2011/2012 das OSZ in den Schulneubau in Finow umzieht. So könnte die Grundschule »Schwärzese« das Schuljahr 2012/13 bereits in dem neuen Gebäude beginnen.

Kommunalunternehmen einbeziehen

Stellungnahme der Fraktion Die Fraktionslosen zur Weiterführung der Aufgabenkritik

1. Durch die Verwaltung wurde eine umfangreiche Arbeit geleistet, um die Stadtverordneten über Arbeitsweise und Probleme der verschiedenen Bereiche der Stadtverwaltung zu informieren. Dabei wurde eine Vielzahl von Anregungen gegeben und Veränderungsvorschläge gemacht, die geeignet sind, die Effektivität der Verwaltung zu erhöhen, Kosten zu senken und Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

2. Bei der Aufgabenkritik wurden unzulässigerweise wichtige Tätigkeitsfelder der Stadt ausgeblendet. Das betrifft:

- die kommunalen Unternehmen (Technische Werke Eberswalde GmbH, Wirtschaftsförderungsgesellschaft Eberswalde, Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft, Zweckverband Wasser und Abwasser)

- den Vermögenshaushalt einschließlich Investitionsplan

Weiterhin sollten folgende Bereiche kommunaler Tätigkeit in der Aufgabenkritik besonders berücksichtigt werden: Die Rekommunalisierung der Energienetze bzw. die Neugründung von Eberswalder Stadtwerken sowie Erfordernisse der Barrierefreien Stadt Eberswalde

3. Die Bewertung und Beurteilung der Änderungsvorschläge erfordert die Ermittlung ihrer materiellen und finanziellen Auswirkungen. Diese Aufgabe obliegt den jeweiligen Fachbereichen der Verwaltung.

4. Die »Aufgabenkritik« ist eine komplexe Aufgabenstellung. Die Beurteilung der Machbarkeit und die Beschlussfassung über die Durchführung der Maßnahmen erfordert dementsprechend eine komplexe Betrachtung. Durch die Verwaltung ist deshalb eine Zusammenstellung der zur Anwendung kommenden Änderungsvorschläge zu erarbeiten (gegebenenfalls in zwei Varianten mit unterschiedlicher Eingriffsintensität).

5. Die komplexe Zusammenstellung der bewerteten Maßnahmen ist Grundlage der Diskussion in den Ausschüssen und mit den BürgerInnen. Vor den entsprechenden Diskussionsrunden ist die Zusammenstellung in geeigneter Form öffentlich bekannt zu machen.

Die vorstehenden Vorschläge decken sich auch mit der Meinung des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde.

ALBRECHT TRILLER,

Vorsitzender der Fraktion Die Fraktionslosen

Mit Stadtverordnetenforen gegen die Finanzkrise

Mit zwei Stadtverordnetenforen wurde der Auftakt für die Aufgabenkritik gegeben. Mit der Aufgabenkritik soll der Finanznot der Stadt begegnet werden. Was haben die Foren gebracht und wie soll es weitergehen?

Streit um Einbeziehung der Bürger

Im Vorfeld des Forums wurde der Streit geführt, ob das Forum dem Kommunalrecht entspricht. Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde als Wahlträger der Fraktion Die Fraktionslosen in der Stadtverordnetenversammlung forderte die öffentliche Durchführung und wandte sich mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit (BBP 3/2010), in der die gewollte Nichtöffentlichkeit dieser Veranstaltung und weitere Fälle des Ausschlusses der Öffentlichkeit kritisch gewertet wurden. Diese Erklärung wurde vom Bürgermeister als »Gipfel der Demagogie« bezeichnet, was ihm Proteste in der Einwohnerfragestunde der StVV am 25.2. einbrachte. Trotzdem blieb die Erklärung des Bündnisses nicht wirkungslos. Zunächst wurde die Veranstaltung für sachkundige Einwohner geöffnet. Kurz vor dem Forum erklärte der Bürgermeister in der Presse, daß er interessierte Einwohner im Rahmen der Platzverhältnisse »nicht zurückweisen« würde – also die verklauulierte Aussage, daß das Forum öffentlich ist.

Der Versammlungsraum im Waldsolarheim war so bestuhlt, daß nicht einmal für alle Stadtverordneten Platz gewesen wäre. Trotzdem war für die »Öffentlichkeit« genügend Platz, denn nur etwa die Hälfte der Stadtverordneten war der Einladung des Bürgermeisters gefolgt. Außer den Abgeordneten und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung waren nicht mehr als zehn weitere Personen (zumeist sachkundige Einwohner) gekommen. Die Presse war nicht erschienen, obwohl dies wegen des Streites um die Öffentlichkeit von vielen erwartet worden war.

Waren es nun private Veranstaltungen oder reguläre Tagungen gemäß dem Kommunalrecht? Es waren wohl eher private Informationsveranstaltungen mit einer gewissen Öffentlichkeit, also in einer kommunalrechtlichen Grauzone. Eine Diskussion wurde betont vermieden. Es wurden nur Verständnisfragen gestellt und beantwortet.

Zum Inhalt und Ergebnissen der Foren

Die Folienpräsentationen trugen die Gesamtüberschrift: »Aufgabenkritik wegen mangelnder kommunaler Finanzausstattung 2010 ff«. Damit wird die Richtung schon einmal vorgegeben: Nur die äußeren Faktoren (die geringeren Zuweisungen vom Land) sind für die Finanzlage verantwortlich. Inwieweit dafür auch die eigene Wirtschafts- und Finanzpolitik der Stadt verantwortlich ist, wird ausgeblendet.

Die Präsentationen lieferten eine Darstellung der Finanzlage der einzelnen Ämter und Dezernate. Die Vorträge gaben einen Überblick über die Aufgaben des jeweils vorgestellten Amtes und über die Entwicklung des entsprechenden Teils des Verwaltungshaushaltes in den letzten Jahren. Am Ende jeder Präsentati-

tion wurden Vorschläge bzw. Überlegungsanstöße für die Diskussion mit den Stadtverordneten gegeben. Diese beziehen sich zumeist auf die Streichung von Planstellen, was möglicherweise nicht ohne Folgen für die Qualität der Arbeit sein wird.

Bei den Vorschlägen kommen mir Zweifel an der Kompetenz der Verwaltung. Da erscheint bei den Vorschlägen der Kämmerei der Verzicht auf den Bürgerhaushalt, weil der Bearbeitungsaufwand in der Kämmerei ca. 6.000 Euro ausmacht. Beim Thema Beschäftigungsförderung wird erwogen, auf Beschäftigungsförderung zu verzichten, weil 2010 ein Verlust für die Stadt in Höhe von 145 TEuro erwartet wird. Dabei wurde aber die Arbeitsleistung der 1-Euro-Jobber bzw. im Kommunalkombi eingesetzten Arbeitskräfte nicht bewertet! Die Schließung der Außenstellen des Bürgeramtes in Finow und im Brandenburgischen Viertel wird ernsthaft geprüft und scheint schon besiegelt. »Der Vorgang muß laufen, nicht die Bürger«, hieß es bisher. Künftig soll der Bürger laufen. Auch der Weiterbetrieb des Museums ist eine ernsthafte Option. Daß auch der brüchige Friede bei Garagen- und Erholungsgrundstücken durch Überlegungen zur Nutzungsentgelteerhöhungen gefährdet wird, scheint der Verwaltung ebenfalls nicht bewußt zu sein.

Die Zielstellung der Aufgabenkritik erfordert eigentlich die kritische Betrachtung aller Bereiche der Stadt. Aber der Vermögenshaushalt und die geplanten Investitionen wurden nicht betrachtet. Allein mit Einsparungen im Verwaltungshaushalt sind die Finanzdefizite der Stadt nicht zu überwinden. Auch die kommunalen Unternehmen (Technische Werke Eberswalde, Wirtschaftsfördergesellschaft Eberswalde, Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft, Zweckverband Wasser und Abwasser) fanden in der Aufgabenkritik keine Berücksichtigung. Das halte ich aber für unverzichtbar, denn auch diese arbeiten mit städtischem Vermögen, können der Stadt Verluste zufügen bzw. Gewinne abwerfen.

Weiterführung der Aufgabenkritik und Information der Bürger

Über den Stand der Aufgabenkritik, insbesondere über die durchgeführten Stadtverordnetenforen, informierte die Stadt in einer Pressekonferenz unter Teilnahme der Fraktionsvorsitzenden. Bürgermeister Boginski erklärte, daß die Verwaltung die Möglichkeiten der Haushaltssanierung aufgezeigt habe, und es nun erforderlich ist, die Bürger einzubeziehen. Die Stadtverordneten sollen nun mit ihrer Kompetenz sagen, »wohin es gehen soll«.

Die Fraktionsvorsitzenden erklärten fast ausnahmslos, sie hätten einen tieferen Einblick in die Verwaltung erhalten und dankten der Verwaltung für die umfangreiche gute Arbeit.

Nun würde man sich in den Fraktionen damit beschäftigen und Vorschläge für Entscheidungen machen. Eine andere Sicht für die weitere Durchführung der Aufgabenkritik kam von der Fraktion Die Fraktionslosen (Seite 4). Es muß Sache der Verwaltung sein, die Vorschläge zu bewerten und zu einem Gesamtkonzept der Haushaltssanierung zusammenzustellen. Nur ein solches Gesamtkonzept kann die Grundlage der Diskussion mit den Abgeordneten und den Bürgern sein.

Die momentane Strategie der Stadtverwaltung läuft darauf hinaus, daß die Stadtverordneten die Verantwortung für die Auswahl und Entscheidung erforderlicher Maßnahmen übernehmen und sagen »wohin es gehen soll«. Das Ergebnis dieser Auswahl und Entscheidung kann und wird nicht zur Haushaltssanierung führen. Und die Verwaltung erklärt dann, daß dies der Wille der Stadtverordneten ist und sie diesen zu respektieren habe. Die Abgeordneten sollten sich nicht den schwarzen Peter zuschieben lassen und die Verwaltung nicht aus der Verantwortung entlassen.

ALBRECHT TRILLER

Kein Geld für Hausmeister

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung Eberswalde kann sich aus »Haushaltskonsolidierungsgründen« in der Sporthalle »Schwärzese« keinen Hausmeister leisten. Darüber informierte der Beigeordnete und Dezernent Lutz Landmann den städtischen Sozialausschuß. Vertreter von Sportvereinen, die die Sporthalle für ihren Trainingsbetrieb nutzen, hatten ihren Unmut zum Ausdruck gebracht, weil im Nachmittagsbereich kein Hausmeister vor Ort sei, der bei Vorkommnissen angesprochen werden kann. Landmann teilte mit, daß sich die Verwaltung zur Vorbeugung von Mißständen mit den Vereinen dahingehend geeinigt habe, daß an Trainingstagen »die Übergabe von Verein zu Verein intensiviert wird«.

Lange Nacht der Wirtschaft

Bis 31. März Teilnahme anmelden

Am 12. September 2010 wird es zum zweiten Mal eine Lange Nacht der Wirtschaft in Eberswalde geben. Im Verbund mit weiteren sechs Städten des Städtekranses Berlin-Brandenburg öffnen zahlreiche Unternehmen ihre Türen, um Interessierten in Betriebsführungen Produktionsabläufe zu zeigen und ihr technisches Know-how vorzustellen. Es besteht die Möglichkeit, sich über Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den einzelnen Unternehmen zu informieren. Auch in diesem Jahr werden die Standorte kulturelle Anziehungspunkte sein und auch die kulinarische Versorgung nicht zu kurz kommen.

»Neue Herausforderungen«

Eberswalde (juli). Der Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen im Barnim Sergej Matis ist von seinem Amt zurückgetreten. Seit der Neugründung des Barnimer Kreisverbandes im September 2008 begleitete er als Vorsitzender den liberalen Jugendverband. Als Grund seines Rücktrittes nannte Matis die neuen Aufgaben im Landesvorstand. Am 23. Januar wurde er beim Landeskongreß in Frankfurt/Oder zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen Brandenburg gewählt. »Das neue Amt bringt neue Herausforderungen, auf die ich mich freue. Aber es ist auch ein sehr zeitaufwendiger Job.« so Matis. Die Wahl eines neuen Vorsitzenden soll am 3. April um 15 Uhr im Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Beyer stattfinden. Als einfaches Mitglied bleibt Matis weiterhin dem Kreisverband erhalten. »Ich werde weiterhin die JuLis im Barnim unterstützen und mit Rat und Tat dem neuen Team zur Verfügung stehen«, erläutert er.

Flohmarkt

im Dietrich-Bonhoeffer-Haus

Sonabend, 17. April, von 13 - 17 Uhr

Händler bitte rechtzeitig anmelden:
03334/383930 · Standgebühr: 1 Kuchen

Brandenburgisches Viertel:

Immer aktiv für den Kiez

Lothar Müller legt Vorsitz nieder

Lothar Müller mußte leider aus persönlichen Gründen seine ehrenamtliche Tätigkeit als Vorsitzender des »Sprecherrates Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel aufgeben.

Seit Dezember 2003 arbeitete er in unterschiedlichen Projekten im Bereich »Soziale Stadt« mit und war seit 2004 ehrenamtliches Mitglied im Sprecherrat. 2008 wurde er zum Vorsitzenden gewählt. An der Planung und Durchführung der Tanzveranstaltungen (Bürgerball), Sommerfeste und Weihnachtsmärkte in unserem Viertel war er maßgeblich beteiligt.

Lothar Müller wird weiterhin, so weit es geht, ehrenamtlich für unseren Stadtteil tätig sein. Der Sprecherrat bedankt sich für die allzeit gute Zusammenarbeit und wünscht ihm alles Gute. Auf der Sprecherratssitzung im Februar wurde Martin Hoeck vorübergehend zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er behält das Amt bis zu den diesjährigen turnusgemäßen Vorstandswahlen im Herbst. Die Wahlen finden alle zwei Jahre statt.

Der seit 2003 bestehende Sprecherrat entscheidet mit über die Vergabe von Fördermitteln aus dem Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt«, an dem das Brandenburgische Viertel seit 1999 teilnimmt. Er setzt sich aus örtlichen Unternehmen, Vereinen, dem Quartiersmanagement und Ortsvorsteher sowie Beiräten der Stadt und Bewohnern des Viertels zusammen.

CORNELIA SPRENGEL und
SOPHIE LUDEWIG

»Zum eigenen Wohl«

Die Aufgaben eines Landrates aus der Sicht des Ex

Auf seiner Wahlwerbeseite (www.bodo-ihrike.de) stellt der ehemalige Landrat Bodo Ihrke dar, welche Aufgaben so ein Landrat aus seiner Sicht erfüllen muß.

Im ersten Satz steht das persönliche Programm. Das Amt des Landrats ist ein »Beruf«, ein Job. Dieser Beruf stellt dem Inhaber drei Aufgaben: »Verwaltungschef, Repräsentant und Ansprechpartner, Politiker«.

Im ersten Bereich stellt er einen biederen Verwaltungsleiter vor. Die Mitarbeiter finden, außer als anzuleitende Quantität, keine weitere Erwähnung. Die Kreisverwaltung arbeite »mit den Verwaltungen in den Städten und Ämtern« zusammen. Wohlgemerkt, »mit den Verwaltungen«, nicht mit den Kommunen als Selbstverwaltungsorgane der Bürgerinnen und Bürger. Dabei »bemühen« sich die Verwaltungen, Dienstleistungen für den Bürger zu erbringen. Wer sich mit der Beurteilung von Mitarbeitern in Arbeitszeugnissen auskennt, weiß was das Urteil »er bemühte sich« für den weiteren Lebensweg des Beurteilten bedeutet. Hier handelt es sich um Selbstdarstellung. Dabei werden die Bürgerinnen und Bürger als Antragsteller, oder Bittsteller, gesehen.

»Neben dem 'Tagesgeschäft' werden im Landratsamt Visionen und Ideen für die zukünftige Entwicklung der Region erarbeitet. Dort analysiert der Landrat vorhandene Potentiale, sorgt für den effizienten Einsatz von Fördermitteln und strukturiert das Zusammenwirken der beteiligten Verwaltungen.« Visionen und Ideen werden also im Hinterzimmer am grünen Tisch »erarbeitet«. In autoritärem Stil »analysiert« der Landrat, verteilt Fördermittel und befiehlt die Verwaltungen.

Dieser Stil setzt sich im Bereich »Repräsentant und Ansprechpartner« fort. Man sieht das

Bild eines von Institutionen umworbene Kreisoberhaupt. »Alle (wollen) mit dem Landrat im Gespräch bleiben.« Dieser zeigt sich gnädig und kommt »wann immer es der Kalender erlaubt« den Audenzwünschen nach. Wichtig ist ihm, das wird explizit und verhältnismäßig ausschweifend hervorgehoben, die »Anwesenheit bei Jubiläen, Eröffnungen und Auszeichnungsveranstaltungen«.

Schließlich sieht sei der Landrat noch »Akteur der Politik«. Dabei seien die Kreistagsabgeordneten »die wichtigsten politischen Partner«. Beim Durchdrücken von Beschlussvorlagen, wo »oftmals hart gerungen« werden müsse, »nimmt der Landrat oft auch die Funktion eines Moderators ein«. Wie das funktionieren soll, daß der Einreicher von Verwaltungsvorlagen in der Diskussion den unparteiischen Moderator spielt, bleibt allerdings offen. Seine weitere Rolle als »Politiker« erschöpft sich in der »vertrauensvollen Zusammenarbeit« mit »den politischen Vertretern im Land und Bund sowie in den Kommunen«, und zwar – hört, hört! – »zum Wohle des Landkreises Barnim«.

Zum Schluß also noch eine echte Offenbarung. Während die Kommunalverfassung immer vom »Wohle der Einwohner« oder vom »öffentlichen Wohl« spricht, geht's auf der Webseite von Bodo Ihrke um das »Wohl des Landkreises« – also um das Wohl einer Gebietskörperschaft, einer juristischen Person, einer Verwaltung – deren Oberhaupt er selber sein will. Mithin um nichts weiter, als das eigene persönliche Wohl.

GERD MARKMANN

Verwechslungen nicht ausgeschlossen!

Kürzlich sah ich eine interessante Fernsehsendung »Kamingespräche« im Sender Phönix. Dort wurden einige Feststellungen getroffen und Forderungen erhoben, bei denen es sich lohnt, sie wiederzugeben.

Auf die Frage des Reporters, warum nach der Wende und gegenwärtig immer noch so viele Leute in den neuen Bundesländern die SED bzw. Linkspartei wählen, kam die kurze und treffende Antwort: »Weil die DDR-Bürger nach der Wende in die Fratze des Kapitalismus geblickt haben.« Weiterhin wurden in diesem Gespräch folgende weitere Feststellungen getroffen:

»Die Funktion der Treuhand bestand darin, die Deindustrialisierung der DDR durchzuführen.«

**Beratung für
Kriegsdienstverweigerer
mit Thomas Lehmann**

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398
Termine nach Vereinbarung

»Die Agenda 2010 und besonders die Hartz IV-Gesetze des Basta-Kanzlers Schröder sind Mist und gehören abgeschafft.«

»Die Ausbeutung durch Zeitarbeitsfirmen und Billiglöhne sollten durch flächendeckende Mindestlöhne ersetzt werden.«

Vertreter von CDU und FDP und auch bestimmte Funktionäre von der SPD und den Grünen würden dazu mit Bestimmtheit sagen, daß es sich hier um linksradikale und populistische Aussagen der Linkspartei handelt, die von Frau Wagenknecht stammen könnten. Irrtum!

Diese Feststellungen und Forderungen stammen vom ehemaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der bald seinen 80. Geburtstag feiert und sicher weiß, wovon er spricht. Leider gibt es nur noch wenige Funktionäre der CDU, die sich wie er einen Sinn für Realität und soziale Gerechtigkeit bewahrt und auch den Mut haben, das öffentlich zu vertreten. Zeitweilig kam mir bei der Sendung der Gedanke, ob Heiner Geißler nicht in der falschen Partei ist.

Dr. HELMUT KOCH

380-kV-Leitung: Potsdam ist am Zug

Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags bezweifelt die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Teilverkabelungen und eröffnet dem Land Chancen für die teilweise Erdverkabelung von Höchstspannungsleitungen.

Mit dem Inkrafttreten des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) schien die Erdverkabelung der »Uckermarkleitung« endgültig vom Tisch, denn der Gesetzentwurf der großen Koalition hatte unverändert das Parlament passiert. Es gibt im EnLAG vier Pilotprojekte für Erdverkabelung, aber die »Uckermarkleitung« ist nicht dabei. In der Barnimer Bürgerpost ist seinerzeit darauf hingewiesen worden, daß sich die Landesregierung nur halbherzig für ihre Forderung vom 26.8.2008 engagiert hat. Neben der Erdverkabelung der »Uckermarkleitung« schien auch die Forderung nach einem brandenburgischen Erdkabelgesetz vom Tisch zu sein, hatte der Bund doch die Frage der Erdverkabelung im EnLAG abschließend geregelt.

Als im Herbst 2008 die Linksfraktion einen Gesetzentwurf für eine brandenburgisches Erdkabelgesetz einbrachte, stimmte ihn die rot-schwarzen Koalition einfach nieder, ohne auch nur die Möglichkeit eines solchen Gesetzes ernsthaft zu prüfen. Zur Ablehnung waren verfassungsrechtliche Bedenken angeführt worden. Das Land dürfe nicht die Kompetenzen des Bundes antasten, hieß es und das EnLAG stehe kurz vor der Verabschiedung. So sei auch das niedersächsische Erdkabelgesetz mit der Verabschiedung des EnLAG obsolet. Seltenerweise wurde das niedersächsische Erdkabelgesetz aber nicht formell aufgehoben. Es ist nach wie vor in Kraft. Welches Recht gilt nun?

Inzwischen wurde die Zeit genutzt, um den verfassungsrechtlichen Fragen etwas genauer auf den Grund zu gehen. Dr. Dagmar Enkelmann (Die Linke) und der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Ortolf (SPD) bemühten unabhängig voneinander den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages mit der Klärung dieser Problematik und siehe da, das was so simpel schien, »Bundesrecht bricht Landesrecht«, ist eben doch etwas komplizierter. Es ist eine Frage der Kompetenzen und ihrer Reichweite, die im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung (Art.72 Absatz 2 GG) einer sehr gründlichen Prüfung bedarf. Die Gutachter des Wissenschaftlichen Dienstes sind sich einig, der Bund kann die Kompetenz, den Netzausbau gesetzlich zu regeln, an sich ziehen, was er im EnLAG und im EEG getan hat.

Der Gutachter Georgii des Wissenschaftlichen Dienstes führt aber näher aus (WD 3 - 451/09): »Zweifelloso könne der Bund den Bedarf für den Leitungsausbau feststellen, »anders verhält es sich bei den Vorschriften über die konkrete Umsetzung vor Ort und einer Berücksichtigung lokaler Besonderheiten - überirdische oder interirdische Verkabelung (§2 EnLAG). Es ist nicht dargelegt oder sonst ersichtlich, wie die landesgesetzliche Ermöglichung einer Erdverkabelung auf Teilstrecken erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft mit sich bringen« (S.16) würde. »Die Erforderlichkeit

einer bundeseinheitlichen ins Detail gehenden Regelung zu der Zulässigkeit von Teilverkabelungen ist aufgrund des im Gesetzgebungsverfahren erfolgten Sachvortrags zweifelhaft.« (S.17)

Das bedeutet, daß es Spielraum für eine landesrechtliche Regelung zur Teilverkabelung gibt bzw. daß das Land Brandenburg das Energieleitungsausbaugesetz vor dem Verfassungsgericht angreifen könnte, falls es in zweifelhafter (sprich unzulässiger) Weise in die Landesbefugnisse (zur Teilverkabelung) eingreift.

Bei der konkurrierenden Gesetzgebung muß der Bund seit der Föderalismusreform 1994 nämlich begründen, daß er die Gesetzgebungskompetenz hat. Als Begründung dient entweder der Nachweis, daß dieses Gesetz zur Wahrung bzw. Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet erforderlich ist oder daß nur durch dieses Gesetz die Rechtseinheit im Bundesgebiet gewahrt werden kann. Beides ist nicht gegeben. Hierzu führt der Gutachter Georgii aus: »Eine in verschiedenen Ländern unterschiedliche Regelung der Frage, ob und wann Energieleitungen ausnahmsweise nicht als Freileitungen, sondern als Erdkabel zu verlegen sind, dürfte die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet dann gefährden, wenn dies dazu führen würde, daß die Leitungen und Netze nicht mehr... kompatibel wären« (oder die Energieleitungen so teuer würden, daß die Netzbetreiber ihre Leitungen um das Land herumführen würden).

»Solche Gefahren sind in dem Gesetzgebungsverfahren vom Bund weder vorgetragen noch sonst ersichtlich...« Folglich »dürfte es an der Erforderlichkeit einer bundesgesetzlichen Regelung, die Detailregelungen durch die Länder ausschließt, fehlen, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.« (S. 14) Ferner: »Weder aus dem Gesetzestext noch aus der Begründung ist ersichtlich, daß mit dem EnLAG eine Rechtsvereinheitlichung der Frage, unter welchen Bedingungen eine Teilverkabelung ermöglicht werden soll, angestrebt wird... Nicht einmal für die Pilotprojekte werden einheitliche Regelungen erlassen.« (S.15)

Jetzt kommt es darauf an, daß Brandenburg seine Rechte wahrnimmt und landesrechtliche Vorgaben für eine Teilverkabelung von Höchstspannungsleitungen erläßt. Das kann auf dem Ordnungswege geschehen, sollte aber doch besser in einem Gesetz geregelt werden. Am besten wäre beides, eine Verordnung im Vorgriff zu einem Gesetz zur teilweisen Erdverkabelung von Höchstspannungsleitungen bei der Querung oder in der Nähe von Wohngebieten, falls ein Mindestabstand 400 m nicht gewährleistet ist und bei der Tangierung von Schutzgebieten. Damit diese Regelungen bei der von Vattenfall geplanten »Uckermarkleitung« noch greifen können, ist Eile geboten.

Also, frisch ans Werk – Potsdam ist am Zug.
HARTMUT LINDNER

Ein Herz für Tiere

Nicht nur für bedürftige, ältere Menschen hat sie ein Herz, unsere Ingrid Haase aus Altenhof, sondern auch ganz besonders für die Wasservögel am und auf dem zugefrorenen Werbellinsee. Jeden Tag warteten die Schwäne, Enten, Bleßhühner und Möwen auf den orangefarbenen Beutel, der prall gefüllt mit geschnittenen Brot ist und den blauen Eimer mit gekochten Kartoffeln, Nudeln, Eisbergsalat, Haferflocken, Äpfeln und vielem mehr. Die Vögel erkennen sie schon an der Stimme, wenn sie ruft: »Kommt ihr Schwänchen!«



Die Leckereien werden dann vom Federvieh in wenigen Minuten verputzt. Viele Wochen war der Werbellinsee zugefroren und jeden Tag zwischen 10.30 Uhr und 11.00 Uhr konnte man dieses Schauspiel beobachten. Eine halbe Stunde brauchte Ingrid für diese Prozedur. Die Zeit opferte sie gern.

Sie meint: »Im Sommer machen uns die Tiere so viel Freude, besonders wenn sie mit ihrem Nachwuchs an die Boote heranschwimmen.« Wir wollen sie im Winter nicht im Stich lassen. Es ist gut, daß es noch solche Menschen gibt.

ILONA HANNIG

»Beziehungs-Weise«

Jugendseminar in den Osterferien

Zu einem Seminar mit Literatur, Natur und spannenden Leuten in der Woche nach Ostern sind Jugendliche ab 16 Jahren und junge Erwachsene eingeladen. Vom 6. bis 10. April geht es dazu in die Ökoscheune Buch in Sachsen-Anhalt, malerisch gelegen an der Elbaue bei Tangermünde. In der Ausschreibung heißt es: Beziehungen und oft auch der Streß in Beziehungen beschäftigen uns stark. Neben Schule, Ausbildung oder Studium sind Beziehungen oft das Thema bei Jugendlichen. Darum freuen wir uns, daß wir eine Referentin mit psychologischen und literarischen Erfahrungen, mit Zeit und Lust auf junge Leute gefunden haben: Maria Simon im Spring kommt aus Bonn und gestaltet mit uns kreativ ein sicher sehr anregendes Jugendseminar. Neben dem Thema gibt es entspanntes Jugendleben und diverse Freizeitangebote, u.a. stehen ständig Fahrräder zur Verfügung. Wir hoffen auf Frühlingswetter!

DIETER GADISCHKE

Sozialtickettagung

Das vierte bundesweite Sozialticket-Initiativen Treffen findet am 23. April in Berlin statt. »Wir würden uns freuen, wenn wir auch diesmal mit möglichst vielen Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Initiativen ins Gespräch kommen«, heißt es in der Einladung, die von Katja Kipping, Katrin Kunert, Thomas Lutze, Sabine Leidig und Katrin Werner unterzeichnet ist. Anliegen dieses vierten Treffens ist es, sich über den aktuellen Stand der Arbeit der jeweiligen Initiative bzw. der Praxis bestehender Sozialtickets auszutauschen. »Dabei scheint es für uns entscheidender denn je, die veränderten Rahmenbedingungen einzubeziehen, die bundespolitisch auf die lokalen Auseinandersetzungen um Mobilität wirken. Wir denken hierbei insbesondere an die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der steuerpolitischen Entscheidungen von Schwarz-Gelb auf die Kommunen und Länder.« Daneben sollen diesmal Fragen der Umwelt- und Klimapolitik stärkere Berücksichtigung finden. Was bedeutet beispielsweise Mobilität aus umweltpolitischer Sicht? Lassen sich nicht vor dem Hintergrund der Klimakrise gute Argumente für die Auseinandersetzung um Sozialtickets - für eine gute öffentliche Mobilitätsinfrastruktur für alle - gewinnen?«

Das Treffen findet am 23. April in der Zeit von 11 bis 16 Uhr im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags statt. Anschließend haben die Vertreter der einzelnen Initiativen die Möglichkeit sich über ihre Vernetzung zu verständigen. Wegen der besonderen Sicherheitsbestimmungen im Bereich des Bundestages ist eine vorherige Anmeldung (bis 14.4.) erforderlich. Informationen über die ersten drei Treffen sowie viele weitere Infos über Sozialticket-Initiativen sind unter http://www.sozialticket-leipzig.de/bundesweite_aktivitaeten.htm zu finden. Kontakt: Corinna Genschel (Tel.: 030 - 227 52097; E-Mail: corinna.genschel@linksfraktion.de).

CORINNA GENSCHEL

Freizeitkalender 2010

Über Freizeiten, Ausflüge und Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche, ehrenamtliche und berufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendarbeit informiert der neue Freizeit- und Veranstaltungskalender 2010 der evangelischen Jugendarbeit Barnim. Die angebotenen Veranstaltungen und Fahrten ermöglichen Abwechslung, Erholung und Horizonterweiterung. Ein Schwerpunkt sind die Freizeiten in den Sommerferien. Die günstigen Teilnahmebeiträge sind nur möglich durch kommunale und kirchliche Förderung. Wer den Freizeit- und Veranstaltungskalender erhalten möchte, kann ihn kostenlos bestellen bei: Evangelische Jugendarbeit Barnim, Am Kirchplatz 10, 16321 Bernau, Tel. (03338) 709868, per E-mail: kjw-bernaue@web.de, als PDF-Datei unter ejbar.de.

DIETER GADISCHKE

Mutter aller Hartz-Reformen erlitt schweren Infarkt

Im Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung hat das Bundesverfassungsgericht am 9.2. mit seinem Urteilsspruch zu den Regelsätzen im Sozialgesetzbuch II der »Koalition des Hartz-IV Sumpfes« (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP) eine schallende Ohrfeige verpaßt.

Der Gesetzgeber, also der Bundestag, ist bis zum Jahresende aufgefordert, die Vorschriften zu den Hartz IV-Regelsätzen neu zu fassen.

Die Achtung der Würde jedes Einzelnen habe verfassungsrechtlich eine hohe eigenständige Bedeutung, sagte Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier. Daraus ergebe sich ein »absolut wirkender Anspruch« auf die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Dies umfasse neben der »physischen Existenz« auch ein Mindestmaß an Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben.

Der Hartz IV-Regelsatz für Erwachsene liegt derzeit bei 359 Euro monatlich, bei Inkrafttreten des Gesetzes Anfang 2005 waren es noch 345 Euro. 1,7 Millionen Kinder und Jugendliche leben bundesweit von Hartz-IV.

In den Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht wurde die Rechtslage des ersten Halbjahres 2005 angegriffen. Damals bekamen die Kinder unter 14 Jahren einen Regelsatz von monatlich 207 Euro. Inzwischen wurden die Sätze zum 1. Juli 2009 nach Alter gestaffelt und leicht erhöht – und zwar auf 215 Euro für Kinder bis 5 Jahre und auf 251 Euro für Kinder von 6 bis 13 Jahren.

Was will er denn?

Da hat der Kampfgrinser Guido im Februar auf die vielen ernsthaft bemühten Arbeitssuchenden mächtig draufgehauen. Von »versprochenen anstrengungslosem Wohlstand« und von »spätromischer Dekadenz« war seine Rede. Sogar über den Einsatz von Langzeitarbeitslosen zum Schneeschippen dachte er öffentlich nach, dabei vergessend, daß er, der angebliche Mittelstandsförderer, mit einer solchen Maßnahme den Hausbewirtschaftungsbetrieben die Arbeit wegnimmt.

Einen Mindestlohn will Guido nicht, aber Schneeschippen umsonst. Gerade als Anwalt müßte er wissen, daß es in der BRD verboten ist, kostenlose Dienstleistungen anzubieten. (Deshalb ist auch das Projekt von einem kostenlosen Stadtbusverkehr in Templin gescheitert.)

Meiner Meinung nach müßte die BRD-Regierung nach einer gewissen Zeit dem einzelnen Hartz IV-er die Bezüge stufenweise erhöhen, als Strafe gewissermaßen für die mißlungene Politik der Regierung. Denn diese ist Schuld an der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit sollte im Interesse des Staates schnellstens, nicht durch die Statistik, sondern durch eine Arbeitsaufnahme beendet werden. Arbeit ist für die Entwicklung des Menschen wichtig. Darauf hat schon Friedrich Engels in seinem

Seit der Urteilsverkündung zieht eine »Westerwelle« von Sozial- und Erwerbslosens-rassismus im Stile eines Jörg Haiders, Silvio Berlusconi oder eines rechten amerikanischen Republikaners durch die Lande. Die StrategInnen der Freiheitlich-Dekadenten Partei (FDP) lassen sich dabei noch als die großen vermeintlichen InteressenvertreterInnen der ArbeitnehmerInnenschaft feiern, was ihre Wirkung in der Bevölkerung unter anderen auch im Landkreis Barnim und in Eberswalde nicht verfehlt.

Bewerkenswert ist, wie der Rest der »Koalition des Hartz-IV Sumpfes« den Überbietungswettbewerb eingeleitet hat, um eine Vorherrschaft als »Sozialpatron« Deutschlands.

Zukünftig wird es sehr wichtig sein, gemeinsam gegen die zunehmende soziale Kälte zu agieren. Gewerkschaften, Sozialverbände, Aktionsbündnisse, Kirchen – aber auch die Partei DIE LINKE – werden sich zukünftig an ihren Taten messen lassen müssen, inwieweit sie tatsächlich InteressenvertreterInnen für die sozial Schwachen in dieser Gesellschaft sind. Denn NiedriglöhnerInnen, prekär Beschäftigte und Selbständige, PraktikantInnen, Langzeitarbeitslose sowie von Armut bedrohte Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und SeniorInnen brauchen ergebnisorientierte Signale für ein künftig würdevolleres Leben in dieser eigentlich so reichen Gesellschaft. Insbesondere auch aus der Region.

CARSTEN ZINN,

Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses im
ver.di Bezirk Uckermark/Barnim

Werk »Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen« hingewiesen. Man stelle sich das einmal vor, die BRD wäre ohne Arbeit eine Republik der Affen. Das will Guido nicht.

Nun wurde aber Guido von Mama Merkel gerüffelt, zeigte Böckchen und legte nach: »Ich bleibe dabei. Leistung muß sich wieder lohnen. Wer arbeitet muß mehr haben, als derjenige der nicht arbeitet.« Guido tut, als hätten die Geldhabenden ihren Reichtum durch eigene Arbeit verursacht. Meint er den Briefträger, der keinen Mindestlohn erhält und bei jedem Wetter in jedem Teil des Landes die Bürger mit Dokumenten versorgt? In der Landwirtschaft werden Stilllegungsprämien gezahlt, damit der Bauer **nicht** arbeitet. Beim Wort Stilllegungsprämie drängt sich manchmal der Gedanke auf, das Politiker eine solche für die Stilllegung ihres Gehirns erhalten. Nur der Hartz IV-er soll für Nichtarbeit bestraft werden?

Trotzdem bleibt ein Lichtblick. Wenn jemand soviel darüber redet, was er nicht will, dann ist seine Bezeichnung von »spätromischer Dekadenz« nicht weiter gefährlich. Bekanntlich war nach »spätromisch« Schluß mit den »Römern«, und das sollte mit der BRD nicht passieren. Denn das will auch Guido nicht.

U. MÜLLER

Nonsens und neuartige Ansätze

Auch zwanzig Jahre nach der Wende ist »die Stasi« ein wichtiges Thema. Vor allem für jene, die von aktuellen Problemen ablenken wollen. Die Ende 2009 von interessierten Kreisen landesweit kultivierte Hysterie rief bei den meisten Menschen – wenn überhaupt – nur noch Kopfschütteln hervor. Dennoch legte nun, einem Parteiauftrag folgend, die SPD-Fraktion, unterstützt von CDU, FDP und Bürgerfraktion, in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung einen eigenen »Stasiüberprüfungsantrag« vor (Beschlussvorlage BV/337/2010). Die Einreicher scheinen sich der Lächerlichkeit ihres Ansinnens bewußt zu sein und ließen in die Vorlage einige bemerkenswerte Differenzierungen einfließen.

Daß sie vom »Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR« sprechen – womit im Wortsinne nur die Verfassungsschutzorgane der sog. »neuen Länder« gemeint sein können, da die DDR ja erst am 3. Oktober 1990 ehemals wurde – dürfte eher unüberlegtem Nachplappern geschuldet sein und sollte von daher mit Nachsicht bewertet werden.

Neuartig ist aber die Formulierung in Absatz 1, Satz 1. Dort heißt es, Stadtverordnete werden »auf eine geheimpolizeiliche, insbesondere auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das MfS... überprüft«. Das bedeutet im Wortsinne, daß es den Antragstellern gar nicht um eine Tätigkeit für das MfS im allgemeinen geht, sondern speziell um »geheimpolizeiliche« Tätigkeiten. Alle nicht-geheimpolizeilichen Tätigkeiten für das MfS (wie bspw. Personenschutz, Auslandsaufklärung, Spionageabwehr, Versorgung, technische Sicherstellung u.a.) sind demnach nicht Gegenstand der gemäß dieser Beschlussvorlage vorzunehmenden Überprüfungen der Stadtverordneten. Die Frage ist natürlich, inwieweit die Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen (BStU) diese Feinheiten auseinanderhalten kann.

Zugleich impliziert Passus »insbesondere auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das MfS«, daß es zwar hauptsächlich, aber nicht nur um geheimpolizeiliche Tätigkeiten für das MfS geht. Ebenso soll also auf geheimpolizeiliche Tätigkeiten beispielsweise für den Verfassungsschutz, für den Staatsschutz oder den Militärischen Abschirmdienst, der Geheimpolizei der Bundeswehr, oder diverser ausländischer Geheimpolizeien geprüft werden. Unklar bleibt in der Beschlussvorlage nur, wie eine Überprüfung auf Tätigkeiten für Verfassungsschutz, Staatsschutz, MAD etc. erfolgen soll. Die BStU dürfte dafür ungeeignet sein.

Neben diesen progressiven Bestandteilen bleibt der Sinn mancher Teile der Vorlage allerdings im Dunkeln. So heißt es zunächst, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu überprüfen sind. Gleich im nächsten Satz aber wird der Personenkreis radikal erweitert »auf Personen, die gegenüber Mitarbeitern/innen (des MfS) rechtlich oder faktisch weisungsbefugt waren, und auf inoffizielle MA des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei«.

Es leuchtet nicht ein, wieso jetzt plötzlich auch Personen auf eine Mitarbeit bei einer Geheimpolizei überprüft werden sollen, die mit der StVV überhaupt nichts zu tun haben. Es bleibt auch unklar, ob damit nur Personen ge-

meint sind, die in Eberswalde wohnen oder sämtliche Personen mit solchem Hintergrund. In der Begründung wird darauf nicht eingegangen. Zudem dürfte unbestreitbar sein, daß Leute, die gegenüber Stasi-Mitarbeitern »rechtlich oder faktisch weisungsbefugt waren«, kaum selber eine geheimpolizeiliche Tätigkeit ausgeübt haben dürften. Insofern ist eine Überprüfung dieses Personenkreises auf eine solche Tätigkeit ziemlicher Nonsens.

Für die weitere Bearbeitung wird ein »Vertrauensgremium« eingerichtet, wobei der Name »Mißtrauensgremium« den Kern besser treffen würde, da allein die Tatsache der beabsichtigten Überprüfung darauf hinweist, daß es hier um Mißtrauen gegenüber den Stadtverordneten geht und nicht um Vertrauen, was sich dann auch im Namen des Gremiums widerspiegeln sollte.

Wenig Logik ist in den Festlegungen des Absatzes 4 erkennbar. Da ist zum einen von einer »Anhörung der/des Betroffenen« durch das Vertrauens- resp. Mißtrauensgremium die Rede, ohne daß der Zweck der Anhörung ersichtlich wird. Gleich darauf wird ohne Bezugnahme auf ein Ergebnis dieser Anhörung festgelegt, daß ein Bericht erstellt wird, welcher »diejenigen Mitteilungen der BStU« enthält, »aus denen hervorgeht, daß für eine überprüfte Person Hinweise auf hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit gefunden worden sind, einschließlich der von der BStU gelieferten Nachweise«. Das bedeutet, was auch immer die »Hinweise« enthalten und unabhängig von dem, was der Betroffene dazu sagt – die »Hinweise« werden in den Bericht übernommen. Irgendeine Bewertung seitens des Vertrauens-/Mißtrauensgremiums findet also nicht statt. Welche Aufgabe dieses Gremiums dann überhaupt haben soll, geht aus der Vorlage nicht hervor.

So finden sich in der Beschlussvorlage durchaus interessante Ansätze, insgesamt jedoch wirkt die Vorlage unausgegoren. Die geforderte Inanspruchnahme der Stadtverordneten dürfte zudem zumindest in Teilen den Regeln der Kommunalverfassung widersprechen, weswegen vom Bürgermeister im Falle einer Annahme durch die StVV eine Beanstandung des Beschlusses zu erwarten wäre.

Eines darf indes als sicher gelten: Die Einreicher mögen an allem möglichen interessiert sein, nicht aber an wirklicher Aufarbeitung der Geschichte. Denn dazu müßte man miteinander sprechen.

GERD MARKMANN

Zum hundertsten Mal

Ein Jubiläum sorgt für Nachdenken

Bestens vorbereitet vom Kulturausschuß trafen sich am 6. März 2010 zwei Dutzend Frauen und Männer der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. im Cafe »Waldhaus«, um aus Anlaß des 100. Jubiläums der Ausrufung eines internationalen Frauentages in geselliger Runde dieses historische Ereignis zu feiern. Nach einem kleinen Ausflug in die Geschichte des so wichtigen, wie auch denkwürdigen Tages, als Auftakt zur Veranstaltung, sangen die Frauen der Kulturgruppe des Vereins »Kontakt e.V.« deutsche und russische Lieder. Sie ernteten mit ihrer Darbietung viel Beifall und waren anschließend natürlich auch zum Mitfeiern eingeladen.

Der selbst gebackene Kuchen des Hauses und dazu Kaffee fanden besten Zuspruch, wofür den Gastgebern ein herzliches Dankeschön gebührt.

Zur Auffrischung des Wissens um die lange Geschichte des Internationalen Frauentages, wie er seit dem Beschluß der UNO im Dezember 1977 offiziell heißt, trug eine Quiz-Runde bei. Obgleich alle Anwesenden in ihrem arbeitsreichen Leben den Kampf der Frauen um Emanzipation, Gleichberechtigung, demokratische Rechte und gleichen Lohn für gleiche Arbeit selbst miterlebt haben, sind einige Fakten verloren gegangen. Jede(r) wollte deshalb nach der Auswertung gern seinen Quiz-Bogen zurück haben. Wer weiß heute schon noch um die Existenz der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, die aus aktuellem Anlaß ihren Sitz nach Lateinamerika verlegt hat. Es gibt genügend Gründe den Internationalen Frauentag auch in Europa weiterhin als einen Kampf- und Feiertag zu begehen, wenn auch die Bedingungen andere geworden sind. Wenn als Beispiel 70 % der arbeitenden Frauen immer noch die schlechtest bezahlten Arbeiten verrichten müssen, dann ist das für die so hoch gepriesenen Grundrechte im Deutschland von heute ein Alarmzeichen.

Nicht durch Beichten und Verzeihen wird die Erniedrigung, Gewalt und Entwürdigung der Frauen beseitigt, sondern nur durch praktizierte rechtliche Anerkennung ihres unverzichtbaren Platzes und gleichberechtigten Lebensanspruchs in der Gesellschaft. Wieviel wurde davon vor 20 Jahren verloren?

Die Frauen in der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft können mit Recht erhobenen Hauptes auf ihre Vergangenheit zurückblicken. Sie haben mit Energie, Charme und Mitgefühl ihre Aufgaben erfüllt, kümmern sich auch gegenwärtig wie ehemals umeinander. Darauf anzustoßen, mit Sekt, mit Rotkäppchen, war am Ehrentag ihr gutes Recht und für die anwesenden Männer eine gern erfüllte Pflicht.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Solarpark Weesow:

Grüne treffen sich mit Bürgerinitiative

Am 12. März trafen sich im Beisein der Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm Vertreter des Regionalverbands Niederbarnim und des Kreisverbands Barnim von Bündnis 90/Die Grünen mit Mitgliedern der Bürgerinitiative »Energiepark Weesow« zu einem Meinungsaustausch und einer Ortsbesichtigung.

Cornelia Behm umriß die Problematik eines fehlenden Klimaschutzgesetzes, das steuernde ordnungsrechtliche Eingriffe legitimieren könnte und beschrieb die aktuelle und die derzeit im Bundestag diskutierte künftige Förderungssituation. Eine wünschenswerte Regelung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen, die Anreize für die Nutzung von Konversionsflächen schafft und eine Doppelnutzung von Ackerflächen ermöglicht, sei nicht in Aussicht. Statt dessen soll die Umwandlung von Ackerflächen zur Solarenergiegewinnung generell verboten werden. Nach Meinung von Cornelia Behm sollten jedoch auf armen Böden mit Ackerzahlen unter 20 PV-Anlagen weiter möglich sein.

Die Anwesenden waren sich einig, daß der Ausbau alternativer Energien für Brandenburg unverzichtbar und alternativlos ist. Einigkeit herrschte auch darüber, daß ein so großes Projekt nicht wie geschehen als Parforceritt durch Ortsbeirat und Stadtverordnetenversammlung gepeitscht werden dürfe. Für derartige Ansied-



Ortsbesichtigung in Weesow: Cornelia Behm (MdB), Thomas Dyhr, Andreas Reichling (Nabu), Karl Lehmann und weitere Vertreter der BI (v.l.n.r.).

lungen sei eine frühzeitige Bürgerbeteiligung und Leitplanung erforderlich, um die Bürger bei den Entscheidungen mitzunehmen. Nach Meinung des Barnimer NABU-Vorsitzenden Andreas Reichling wird sich die Anlage durch naturschutzfachliche Einwände schwer verhindern lassen, da der Eingriff kein geschütztes Biotop betrifft, auch wenn benachbart ein FFH-Gebiet liegt. Die Auswirkungen von Photovoltaikanlagen auf die Biodiversität sind bisher unzureichend untersucht. Unter Ornithologen genießen sie aber einen besseren Ruf als Windparks, da sie keine ständige Gefahr darstellen.

Es gab aber auch inhaltlichen Dissenz. Ein solches Projekt könne sich im Gegensatz zu den geäußerten Befürchtungen auch als touristischer Anziehungspunkt erweisen, erklärte Cornelia Behm. Der Hinweis der Bürgerinitiative auf den Flughafen Werneuchen als denkbarer alternativer Standort erwies sich dem Vernehmen nach als wirtschaftlich nicht tragfähig für den Investor, weil eine fällige Altlastensanierung den Ertrag belasten würde.

»Will man aber aus Klimaschutzgründen den Ausbau alternativer Energien vorantreiben, müssen sich die hohen Investitionen auch rechnen«, erklärte der stellvertretende Kreissprecher von Bündnis 90/ Die Grünen, Thomas Dyhr. Er sieht in dem Projekt auch Chancen für Werneuchen. Der Sprecher des Regionalverbandes Niederbarnim, Klaus Labod, ergänzte: »Es ist Aufgabe des Werneuchener Stadtverwaltungs, mit dem Investor ein Betreibermodell auszuhandeln, mit dem sichergestellt ist, daß das Gewerbesteueraufkommen im Ort bleibt und die Bürger von der durch die Einnahmen gesteigerten Leistungskraft der Kommune profitieren. Ferner sind zur Steigerung der Akzeptanz des Projektes unter Beteiligung der Bürger landschaftspflegerische Maßnahmen mit dem Investor auszuhandeln, mit denen die befürchteten Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes gemildert werden.«

THOMAS DYHR, Stellvertretender Kreissprecher

Bürgschaften für Pakistan

Exportförderung für Atomkraftwerken

Die Bundeskanzlerin kündigt Sanktionen gegen das Regime in Teheran an, wenn der Iran seine Atompläne nicht aufgibt. Doch gleichzeitig will die Bundesregierung deutsche Bürgschaften für den Export von Atomtechnologie des französischen Nuklearkonzerns Areva NP (Nuclear Power) nach Brasilien, Pakistan und Kaliningrad gewähren.

Sollte sie diese Pläne verwirklichen werden, ist die Politik der Bundesregierung doppelbödig, politisch kurzsichtig und lobbyistisch.

Außenminister Guido Westerwelle hat in den letzten Wochen zu Recht sein Veto gegen Erika Steinbach als Mitglied im Stiftungsrat »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« eingelegt, um außenpolitischen Schaden abzuwenden. Jetzt hört man nichts vom FDP-Vorsitzenden in einer Frage von noch größerer Bedeutung.

Im Gegenteil: Die drei FDP-Minister Brüderle, Niebel und Westwelle sollen dieses politisch und moralisch äußerst fragwürdige Projekt nachdrücklich befürworten. Größer kann der Widerspruch kaum sein.

Gegen alle Vernunft und gegen die bisherige Handhabung der Hermes Kredite wollen CDU/CSU und FDP die Unterstützung der technologisch, energiepolitisch und auch außenpolitisch falschen Projekte im Haushaltsausschuß durchziehen. Wo bleibt eine klare Aussage der Kanzlerin?

Die Naturfreunde fordern die Bundesregierung auf, unter politisch-geistige Wende nicht diesen blanken Wirtschaftslobbyismus um jeden Preis zu verstehen. Man kann nicht den Iran kritisieren, aber gleichzeitig für die Verbreitung der Atomtechnologie sorgen, bei der die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Nutzung fließend sind.

MICHAEL MÜLLER, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschland

Neu aufgelegt: **Robert Havemann** »Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie«. Edition Zeitsprung, 14,90 Euro. Bestellung über: marko@ferst.de. www.umweltdebatte.de/havemann-beitraege.htm

Sommerzeit: Beginn der Volksverdummungszeit

Jedes Jahr, am ersten Frühlingswochenende, verordnet die BRD-Regierung eine Stunde Zeitklaus. Der Bevölkerung wird amtlich einge-redet, daß es eine Stunde später ist. Warum das gemacht wird, und welchen Sinn es haben soll wird seitens der BRD-Regierung verschwiegen. Wenn man nachfragen würde, bekäme man sicherlich einen Verweis nach Brüssel. Also ist die BRD-Regierung in dieser Frage nicht mehr Herr ihrer Beschlüsse.

Angeblieh soll mit dieser Maßnahme Energie gespart werden. Aber wer soll das glauben?

An Energieeinsparung hat niemand Interesse. Bei der Industrie- und Agrarproduktion können keine Einsparungen auf Grund einer Stundendefinition erwartet werden. Gleiches

gilt sicherlich im Verkehrswesen. Bleibt also nur der private Verbrauch, und der soll sich verringern, wenn ich morgens das Licht einschalten muß? Tatsächlich läßt sich eine »Energieeinsparung« nicht nachweisen. Daran haben Energiekonzerne, oder auch Versorger genannt, kein Interesse. Diese wollen möglichst viel Energie verkaufen. Ebenso hat der Staat kein Interesse an sinkendem Energieverbrauch. Bei der riesigen Staatsverschuldung ist der Staat auf die Mehrwertsteuer beim Energieverkauf angewiesen.

Was bewirkt also der Zeitklaus? Häufig führt die geklaute Stunde zu Schlafstörungen, Müdigkeit, Konzentrationsschwäche oder Appetitlosigkeit. Die Zahl der Arztbesuche steigt.

Festgestellt wurde ein erhöhtes Unfallrisiko infolge des Zeitklaus. Mehr Unfälle haben die Zerstörung von materiellen Gütern zur Folge. Diese werden i.a.R. wiederbeschafft und steigern somit die Nachfrage. Leider opfert der Staat aber auch einen Teil der Volksgesundheit zwecks Förderung der Nachfrage läßt aber gleichzeitig in Medien Vermeidung von Streß predigen.

Dr. ULRICH POFAHL

Anmerkung: Als Mitglied der Wilhelm-Ostwald-Gesellschaft weiß Dr. Ulrich Pofahl selbstverständlich, daß Energie nicht »erzeugt« und dementsprechend auch nicht »verbraucht« werden kann. Vielmehr kann Energie nur aus einer Form in eine andere umgewandelt werden. Für diesen Artikel verwendete er die in den Medien der BRD üblichen Formulierungen.

Stalin (eigtl. Jossif Wissarionowitsch Dshugaschwili; *1879, 130. GT).

Herkunft. Geboren 21. 12. 1879 in Gori/Georgien, Sohn eines armen Schuhmachers.

Der Revolutionär. Ab 1894 Schüler am orthodoxen Priesterseminar in Tiflis. Dort Kontakt mit Sozialisten. 1899 deshalb Verweis aus dem Seminar. Beginn erfolgreicher Agitation und Organisationsarbeit für russische Sozialdemokratie (SDAPR) im Kaukasus (Tiflis, Batum, Baku). Initiator erster erfolgreicher Streiks. 1902 Verhaftung. Bis 1917 Leben in der Illegalität: 7mal Verbannung, 6mal Flucht. Konferenzteilnahmen im Ausland: Tammerfors 1905, Stockholm 1906, Parteitag in London 1907, 1910/11 zwei Treffen mit Lenin in Krakau. In Petersburg Gründer und Redakteur der »Prawda«, seit 1912 im Zentralkomitee. Teilnahme an der Oktoberrevolution in Petersburg.

Staatsmann, Parteiführer, Diktator. Als Volkskommissar (Nationalitäten, Volkskontrolle) zunehmend in Schlüsselpositionen, die seinen Aufstieg zur Macht ermöglichten und den Charakter des neuen Nationalitätenstaates UdSSR prägten. 1922 Generalsekretär der KP. Sein Rivale Trotzki schon 1918 als Außenkommissar wegen Brest-Litowsk, 1924 als Verteidigungskommissar wegen konzeptioneller Mängel beim Aufbau der Armee (vgl. Overy) gescheitert. Stalins Konzept (Sozialismus in einem Land, Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft) hatten Trotzki und andere Parteioppositionelle keine realistische Alternative entgegenzustellen. Als sie ab 1926/27 ihren Einfluß verloren, war der Weg frei für die »Zweite Revolution« von oben, die im Rückblick das Überleben der UdSSR im Krieg sicherte.

Krieg und Nachkrieg. 1941 Vorsitzender des Ministerrates, Oberster Befehlshaber, Vorsitzender des Verteidigungskomitees, entwickelte sich im Krieg zum Staatsmann europäischen Formats. Ernste Fehler im Anfang des Krieges gab er 1945 vor den Marschällen der UdSSR zu: »Unsere Regierung hat nicht wenig Fehler gemacht... Ein anderes Volk hätte zu seiner Regierung sagen können: Ihr habt unsere Erwartungen enttäuscht, macht, daß ihr fortkommt... Doch das russische Volk hat nicht so gehandelt.« (Toast auf das russische Volk, 24. 5. 45). Lernen und Einsicht in moderne Strategie bescheinigten ihm viele führende Militärs. Nach dem Krieg sicherten rascher Wiederaufbau und atomare Waffen den Aufstieg der UdSSR zur zweiten Weltmacht. »Wie Cromwell als Lord-Protektor und Napoleon als Kaiser, so blieb auch Stalin Hüter und Treuhänder der Revolution« (Deutscher).

Legenden – positive wie negative – erschweren die Einschätzung von Person und Leistungen Stalins. »Stalin läßt sich leichter hassen als verstehen, doch letzteres ist nun einmal die Aufgabe der Geschichtswissenschaft« (Overy). Chrustschows grobschlächtiger Versuch, Stalins Ansehens zu vernichten (Geheimrede 1956), ist inzwischen grobenteils widerlegt. Stalin war nicht der unfähige, ungebildete, uneinsichtige Führer, dem Chrustschow – gegen besseres

Erinnerungslücken

Kritische Nachträge zum »Supergedenkjahr« 2009 (Schluß)

Drei runde Geburtstage boten Anlaß zu übergreifenden Betrachtungen. An Tilly und Napoleon wurde bereits in BBP 3/2010 erinnert. Aus Platzgründen folgt die Darstellung Stalins hier gesondert. Der Rückblick auf Stalin gewinnt inzwischen aktuellen Bezug. Anlässlich des 65. Jahrestags des Sieges der UdSSR im 2. Weltkrieg am 9. Mai wird Moskau auch seiner gedenken, wie Oberbürgermeister Lushkow ankündigte.

Wissen – alle Fehler und Verbrechen der russischen Geschichte seit 1917 auflud. Er ist durchaus als Intellektueller anzusprechen, wenn auch nicht als die »weise«, »geniale« Figur, die der Kult in ihm sehen wollte und sollte. Umfangreiche Lektüre, abwägende und einsichtige Urteile werden glaubhaft bezeugt, dazu, wie für Napoleon, ausdauernde, systematische Arbeit und ein ausgezeichnetes Gedächtnis. Sein sorgfältig geführtes Notizbuch bot tausende zuverlässige Fakten über Wirtschaft und Kriegführung des Landes. Auch das verächtliche Urteil über das Niveau seiner Arbeiten ist zu korrigieren. Wolkogonow z.B. billigte Stalin widerwillig »einen gewissen theoretischen Überblick« zu. Wären etwa die Aufsätze über »Fragen der Sprachwissenschaft« unter anderem Namen erschienen, dann wäre daran nichts Auffälliges. Die Fragestellung (welchem Wandel Sprachen beim Übergang zu einer neuen Produktionsweise unterliegen, ob sie also, marxistisch gesprochen, zum »Überbau« gehören) ist berechtigt und wird sachlich abgehandelt. Freund und Feind haben seine theoretischen Arbeiten wie sein ganzes Wirken durch ihre Brille gesehen. Legende ist auch die Behauptung von Gegnern, Stalin habe den Kirow-Mord von 1934, Auslöser des »großen Terrors«, veranlaßt.

Die Massenrepressalien gegen vermutete Gegner. Die Militärverschwörung (1937) war nach Deutscher real. Trotzkiisten sahen Stalin als Konterrevolutionär (Vernichtung der »alten Bolschewiki«, der »Leninschen Garde«). Das geht an Parteigeschichte, Zielrichtung der Säuberungen und den Opfer-Biographien vorbei. Die meisten waren Trotzki-Anhänger, viele davon bis 1917 Menschewiki. Die Rehabilitierungen von 1956 und 1988/90 erhellen wenig. Welche Urteile wurden aus welchen Gründen aufgehoben – welche aus welchen Gründen nicht? Wie ist das Zahlenverhältnis Rehabilitierte – nicht Rehabilitierte? Gab es strafrechtlich korrekte Urteile gegen Gegner der UdSSR? Welcher Kampf spielte sich hinter den Kulissen in GPU/NKWD ab? Historiker haben hier noch viel Arbeit. Die im Kalten Krieg ohne solide Grundlage propagierten Opferzahlen (z.B. R. Conquest) sind durch Aktenveröffentlichungen inzwischen korrigiert (Andrea Schön). Zur Armee: »Von den 34000 Offizieren, die 1937 und 1938 den Dienst quittieren mußten, verhaftete das NKWD 9500.« (Overy). Die Armee sei vor den Säuberungen nicht schlagkräftiger gewesen als danach; der Mangel an erfahrenen Kommandeuren entstand vor allem in-

folge ihrer starken Vergrößerung (1939 - 1941 161 neue Divisionen). Nötig ist eine historische Bewertung des Repressiv-, Justiz- und Strafsystems im Vergleich zur russischen Tradition (Verbannung, Arbeitslager – siehe Dostojewski, »Memoiren aus einem Totenhause«).

An Biographien ist kein Mangel. Aber eine wissenschaftlich befriedigende fehlt und ist auch noch kaum möglich. Wichtige Archivbestände sind noch unzugänglich; heutige Politik ist noch zu stark an der Bewertung bzw. Manipulierung der Person Stalins interessiert. Die intelligenteste und ausgewogenste Biographie ist die von Deutscher (1948), der aber die seit 1989 zugänglichen Akten nicht kannte und ein Schlußkapitel unter dem Eindruck von Chrustschows »Geheimrede« anfügte. Trotzki's ressentimentgeladene Kampfschrift erfaßt die Zeit ab 1939 nicht. Wolkogonow, Historiker der Gorbatschow-Periode, hat eher ein Buch gegen Stalin geschrieben. Zuverlässig sind die stalinkritischen Darstellungen von Trotzki, Hilger, Wolkogonow vor allem, wo sie positive Seiten und Leistungen Stalins anerkennen.

*

Der kurze Rückblick auf drei führende Akteure ihrer Zeit führt zu Fragen, die seit mehr als einem Jahrhundert die Geschichtsdiskussion bestimmen.

Dialektik von Persönlichkeiten bzw. Führungseliten und Massen.

Tolstoi fragte im Epilog zu »Krieg und Frieden«: »Was hat diese Leute veranlaßt, Häuser niederzubrennen und ihre Nächsten zu töten?« Karikiert meinte er, Historiker seiner Zeit hätten darauf nur die Antwort gehabt: »Dann entstand in Frankreich ein genialer Mann – Napoleon! Er hat überall gesiegt, das heißt, er hat getötet, weil er nämlich sehr genial war.« Tolstoi forderte statt dessen: »Man muß die Geschichte aller ohne Ausnahme beschreiben... Dann werden die Historiker den Begriff der Macht erfassen.« Die Macht der Führer, die der Massen.

»Einmal ausgebrochene Bewegungen werden auch durch die vernünftigsten Gegenwirkungen nicht aufgehalten«, bemerkte Ricarda Huch bei der Beschreibung der Hexenverfolgungen. Auf die Parallelen zwischen Inquisition und den »Säuberungen« in der UdSSR wurde schon hingewiesen, auf die Tendenz von Massenbewegungen zur Verselbständigung auch (Teil 1 dieses Artikels). Ausgerechnet vorgebliche Marxisten haben Stalin vergottet. Wir tun das – im Negativen – heute noch. Er war aber weder Gott noch allmächtiger Diktator. Er konnte die Maschine in Gang setzen, Kollektivierung, Ver-

folgung von Gegnern, Säuberungen initiieren. Was in den Regionen geschah, steht auf einem anderen Blatt. Immer noch galt: Rußland ist groß, der Zar ist weit. Nach Bismarck kann auch der bedeutendste Staatsmann nur versuchen, im Strom der Zeit sein Schifflein an ein erreichbares Ufer zu steuern, ohne zu kentern, aber er kann die Richtung des Stromes nicht ändern. Bismarcks Biograph Lothar Gall sah ihn bezüglich des Sozialistengesetzes als Zaublerlehrling. Zaublerlehrlinge sind sie alle, die bedeutenden Politiker. Bestenfalls.

Dialektik von Revolution und Gegenrevolution. Im Dreißigjährigen Krieg, nach dem Tod Oliver Cromwells und nach dem Sturz Napoleons haben die – zeitweiligen – Sieger jeweils versucht, alle Veränderungen des vorangegangenen Revolutionsprozesses komplett rückgängig zu machen und die alten Gesellschaftszustände wiederherzustellen. Jeder dieser Versuche ist mißlungen. Am Ende zeigte sich, daß wichtige Ergebnisse des revolutionären Wandels dieser Revision widerstanden. Woran scheiterte die jeweilige extreme Gegenrevolution? Das kaiserliche Restitutionsedikt von 1629 verkannte das reale Kräfteverhältnis, seine psychologische Wirkung – die enorme Mobilisierung einer Gegenbewegung – war »nicht vorgelesen«. Nach 1815 hatten die zurückkehrenden Bourbonen »nichts vergessen und nichts dazugelehrt«. Die Bauern widersetzten sich dem Versuch, ihnen das erworbene Land der »Ehemaligen« wieder zu nehmen. Unmöglich war es auch, durch Katholizismus und Pressekeubelung das geistige Klima der alten Monarchie wiederherzustellen. Der Wandel in den Köpfen war evident. Die wechselseitige »Korrektur« von Revolution und Gegenrevolution zeitigt eben oft Ergebnisse, die niemand in dieser Form gewünscht und erwartet hat, die aber jeweils ein Fenster zu weiteren Entwicklungen öffnen. Geschichte endet nicht. Gewiß, das ist kein Trost für die Unterlegenen in einer Restaurationsperiode.

ROLF RICHTER

Literatur zu Tilly:

BERND RILL, Tilly. Feldherr für Kaiser und Reich. München 1984.

FRIEDRICH SCHILLER, Geschichte des dreißigjährigen Kriegs.

K. WITTICH, Tilly, Johann Tserclaes Graf von. In: Allgemeine Deutsche Biographie 38, 314-350

Zu Napoleon:

WALTER MARKOV, Napoleon und seine Zeit. 2. Aufl. Leipzig 1996.

Eugen Tarlé, Napoleon. 3. Aufl. Berlin/DDR 1961.

Zu Stalin:

Chruschtschow erinnert sich. Reinbek b. Hamburg 1992 (darin die »Geheimrede«).

ISAAC DEUTSCHER, Stalin. Eine politische Biographie. Reinbek b. Hamburg 1992.

GUSTAV HILGER, Stalin. Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht. Göttingen 1959.

RICHARD OVERY, Rußlands Krieg 1941-1945. Reinbek b. Hamburg 2003.

ANDREA SCHÖN, Geschichtslügen. Die wichtigsten Forschungsergebnisse nach Öffnung der Kreml-Archive. In: offensiv 7/2002, S. 57-67.

DIMITRI WOLKOGONOW, Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt. Düsseldorf 1989.

Der Mann in der zweiten Reihe

Karl-Heinz Wendorff zu Gast bei den »Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann«

Mehrere Premieren erlebten die »Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann« am 28. Februar. Zu Gast im Bernauer Treff 23 war Karl-Heinz Wendorff, in der Region auch unter seinem Künstlernamen Carl von Breydin bekannt.

Mitten in den »Offenen Worten« verwandelte sich Wendorff denn auch in Carl von Breydin und gab – quasi als Welturaufführung – eine »Hymne« für Bernau zu Besten, noch als Demoversion. Weitere Wendorffsche Premieren: Noch nie zuvor sei er eingeladen worden, um über sich selbst zu sprechen. Und schon gar nicht in Bernau, in der Stadt, in der er das Abitur gemacht habe. Das Internat, in dem er die meisten der vier Jahre verbrachte, befand sich keinen Steinwurf weit vom heutigen Treff 23 entfernt. Damals hatte er wegen seiner Fähigkeiten an der Gitarre – und vermutlich auch einer passenden Frisur – den Spitznamen »Elvis« weg.

Die gefühlte Nähe zu Bernau und zu seinem Publikum machte es Dagmar Enkelmann leicht, Wendorff als »Barnämer Urgestein« vorzustellen. Geboren 1947 in Ruhlsdorf als jüngstes von sechs Kindern war an eine Zukunft Wendorffs als Entertainer nicht zu denken. Wohl einzig sein Vater – ein begnadeter Spieler auf Kamm und Mundharmonika – vermutete in seinem jüngsten Sproß Talent. So wurde entschieden, daß dieser Akkordeon lernen sollte. Das Instrument besorgte man, erinnerte sich Wendorff, indem sich die Familie ein Schwein anschaffte, es ordentlich mit Küchenabfällen mästete und dann verkaufte. Nach einem halben Jahr Unterricht beim Musiklehrer hatte der junge Wendorff, damals kaum größer als sein Instrument, genug vom Üben und spielte fortan die Lieder nach Gedächtnis und Gehör und sich selbst in den Vordergrund der Familien- und Dorffeste.

Während der Schulzeit ließ sich Wendorff für den Sport, die Leichtathletik, entdecken und schaffte es zum mehrfachen Meister des Bezirkes Frankfurt/Oder im Kugelstoßen und Diskus. Aber auch hier reichte es nicht, um aus der zweiten Reihe ganz nach vorn zu kommen. Wendorff hätte sich eine Figur wie weiland Olympiasieger Udo Beyer anfuttern müssen. Das war aber nicht nach seinem Geschmack. Später habe er übrigens mal, witzelte der schlanke Wendorff, gut 110 kg gewogen – aber aus anderen, ganz unsportlichen Gründen.

Selbst das ehrgeizige Ziel, an der DHFK in Leipzig Diplomsportlehrer zu werden, mußte Wendorff begraben. Er war durch die Aufnahmeprüfung gerasselt. Schwimmen und Turnen



lagen ihm völlig fern. Am Ende landete Wendorff als Student von Geschichte und Sport an der Humboldt-Uni – und baute sich über die Jahre im Hauptstadt-Biotop als Sportlehrer an der NARVA-Berufsschule, Jugendklub-Leiter, Sportmanager und immer wieder Alleinunterhalter einen Namen als Moderator auf. Parallel erwarb er die notwendige Zulassung als DDR-Schallplattenunterhalter, machte den Berufsausweis als Unterhaltungskünstler und hängte ab Mitte der 1980er Jahre den Lehrerberuf ganz an den Nagel.

Die Zahl der Veranstaltungen, die er über die Jahre moderierte, wurde Legion: Friedensfahrt, Sechs-Tage-Rennen, die 750-Jahr-Feier von Berlin, Sportturniere... Dennoch kannten ihn nur wenige von Angesicht, blieb er meist die Stimme im »Off«, der Mann in der zweiten Reihe. Daran änderte auch die von ihm moderierte DDR-Fernsehsendung »Medizin nach Noten« nicht viel. Dieser frühe Aerobic-Ableger hatte, wie Wendorff später herausfand, auch in Westberlin eine Fangemeinde, weil sich da bei der Aufzeichnung im SEZ ganz normale Menschen an den Übungen versuchten.

Den Fall der Mauer erlebte Wendorff als rastloser Multiunterhalter auf einem DDR-Urlauberschiff in Limassol bei Zypern. In den Tagen und Wochen danach machte er sich Sorgen, ob er als einer, der in der DDR durchaus Privilegien genossen hatte, weiter bei seinem Publikum ankommen würde. Sein Entschluss, bis heute als Freiberufler weiterzumachen, war durchaus mutig. Auch unter dem neuen Verhältnissen kam ihm seine Vielseitigkeit zugute. Als Sportmoderator ist er wieder ins Fernsehen zurückgekehrt: einmal wöchentlich bei der »Sportbar« im ODF, dem Fernsehen für Ostbrandenburg.

Wendorff hat bisher 4 CD und 16 Maxi-Singles veröffentlicht. Möglicherweise kommt nun bald die Bernau-Hymne zum Werkverzeichnis hinzu. Bis dato verbindet man mit Bernau vor allem das Zickenschulze-Lied. Dabei müsse es ja nicht bleiben, meinte Wendorff am Sonntag. Da hat er recht.

Philipp Zopf wurde am 13. Februar 1880 in Augsburg geboren. Er wuchs unter ärmlichen Verhältnissen auf. In München erlernte er den Beruf eines Buchdruckers. Bald trat er dem Turnverein München-Sendling von 1860 bei und nahm als Mitglied einer Musterriege an den großen Turnfesten in Deutschland teil. Sogar in Italien zeigte er sein Können als Kunstturner und Kurzstreckenläufer.

Im Jahr 1907 kam er nach Eberswalde und wurde in der Druckerei von Emil Müller in der Schicklerstraße als Stereotypist angestellt. Obwohl er gewerkschaftlich im Verband der deutschen Buchdrucker organisiert war, hielt Philipp Zopf damals Distanz zur Sozialdemokratie. Er gehörte sogar zu den größten Verteidigern der Parole »Hier Partei, dort Gewerkschaft«. Das änderte sich, als er Minna Kasner, die Tochter des Eberswalder Schneidermeisters, heiratete. Minna, eine intelligente Frau, die viel in der Welt herumgekommen war, erzählte ihm sehr viel vom Sozialismus. Philipp Zopf wurde eifriger Besucher der Gewerkschaftsbibliothek und kam in Kontakt zu Sozialdemokraten in Eberswalde, wie dem Kreisvorsitzenden Karl Gräbert, Franz Müller, Karl Schindhelm, Otto Lehmann und anderen und trat schließlich in die SPD ein.

»So manches mal habe ich beobachten können«, berichtet sein Sohn Philipp Wehr, »wie Mutter den Vater veranlaßte, ihr stundenlang laut vorzulesen, um sich im Reden zu schulen. Er ist ein begeistertes und guter Redner geworden.« So manches mal habe er ihn »mit turnerischer Gewandtheit« auf den Löwenbrunnen auf dem Marktplatz springen sehen, »von wo er seine zündenden Reden an die Arbeiterschaft hielt«. Philipp Zopf hatte in der Gewerkschaft als Vorsitzender des Buchdruckerverbandes in Eberswalde, als Funktionär in der Partei, im Verwaltungsrat der Ortskrankenkasse als zweiter Vorsitzender und in der Freien Turnerschaft ein reiches Betätigungsfeld.

Als im Sommer 1914 der 1. Weltkrieg ausbricht, glaubte Philipp Zopf wie viele Sozialdemokraten daran, das Vaterland gegen einen Angriff verteidigen zu müssen. In seiner »bayerischen Begeisterungsfähigkeit und aus seinem sportlichen Gefühl getrieben«, meldete er sich kriegsfreiwillig zu den »Luftschiffen«. Er wird aber zurückgewiesen, weil er eine politische Strafe erhalten hatte, als er in einem Flugblatt »die Wahrheit über den Klassenstaat und seine Träger verkündet und etwas zu deutlich für den wilhelminischen Polizeistaat geworden war« (Ph. Wehr). Er wurde bis zum Jahresende 1917 reklamiert. Bald sah Philipp Zopf den Charakter des Krieges klarer. Im Frühjahr 1917 gehörten

Vor 90 Jahren starb Philipp Zopf

Führer der Eberswalder Arbeiter in Novemberrevolution und gegen den Kapp-Putsch (1)

In Rudolf Schmidts »Geschichte der Stadt Eberswalde« heißt es lapidar: »Der März des Jahres 1920 sah zehn schwere Revolutionstage«. Für unbedeutend hält der Stadthistoriker, daß der Generalstreik und die bewaffneten Aktionen der Arbeiter des Finowtals der Abwehr des Kapp-Putsches gegen die junge »Weimarer Republik« galten. Einer der führenden Köpfe der Eberswalder Arbeiter im März 1920 war Philipp Zopf, der am 22. März vor 90 Jahren an den Folgen einer schweren Erkältung, die er sich während der Gefechte gegen putschende Reichwehrruppen zuzog, verstarb.



Philipp Zopf

er und seine Frau zu den Mitbegründern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD).

Im letzten Kriegsjahr wurde Philipp Zopf doch noch Soldat. Als Feldartillerist einer Nahkampftruppe zugeteilt, ereilte ihn im Herbst 1918 das Schicksal. Mit einer Gasvergiftung blieb er der einzige Überlebende seiner Batterie und wurde mit verbrannten Atmungsorganen und blind nach Bielefeld ins Lazarett gebracht.

Dort lag er noch, als am 11. November 1918 die Revolution auch in Eberswalde siegte und ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet wurde. Telegraphisch wurde er von seinen Genossen nach Eberswalde gerufen. Philipp Zopf zögerte nicht und kam krank und noch im Sehen behindert nach Hause. Er stürzt sich in die Arbeit, um mit dem Arbeiter- und Soldatenrat das alltägliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Eberswalde wieder in Gang zu bringen.

Die praktische Tätigkeit sieht ihn wieder an der Seite seiner alten Genossen in der Mehrheits-SPD. Als Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins forderte er im Januar 1919 den »festen, einigen Zusammenschluß aller

auf dem Boden der jetzigen Regierung stehenden Mehrheitssozialisten«. Außerdem übernahm er das Sekretariat der SPD für Oberbarnim. Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 2. März 1919 war Philipp Zopf Spitzenkandidat der SPD. Erstmals hatten auch Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Gemeinsam mit ihrem Mann zog Minna Zopf als eine von drei Frauen in die Stadtverordnetenversammlung ein. SPD und USPD hatten zusammen 50 Prozent der Sitze errungen. Bei der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers mußte das Los zwischen Philipp Zopf und dem bürgerlichen Kandidaten Dr. Boldt entschieden. Letzterer gewann. Da bei Stimmgleichheit die Stimme des Vorstehers entschied, hatten die Bürgerlichen eine hauchdünne Mehrheit, die sie regelmäßig ausnutzten.

Das blinde Vertrauen, das Philipp Zopf in die sozialdemokratisch geführte Regierung setzte, verflog bald. Schon im Mai 1919 erklärte er auf einer Versammlung der USPD im Restaurant »Zur Mühle« auf den Eichwerder Bergen, daß er enttäuscht sei über die Führer der deutschen Sozialdemokratie. Der Weimarer Parteitag der SPD im Juni 1919, Philipp Zopf nahm als Delegierter der Parteiorganisation Oberbarnim teil, zerstörte die letzten Illusionen. Zurück in Eberswalde versuchte er seine Genossen vom Übertritt zur USPD zu überzeugen. Sein entsprechender Antrag fand im Ortsverein aber keine Mehrheit. Daraufhin verließen Philipp Zopf und mit ihm viele Gleichgesinnte die SPD und wechselten zur USPD. »Mit neuem Mut werde ich in den geschlossenen Reihen der USPD kämpfen, mit demselben Glaubensbekenntnis als vordem, ich werde meine Pflicht tun – als Sozialist«, schrieb er wenig später in der »Eberswalder Zeitung«.

Gelegenheit, seine »Pflicht« zu tun, kam im Frühjahr 1920, als in der Nacht vom 12. zum 13. März die putschenden Truppen von Kapp und Lüttwitz Berlin besetzten. Die gewählte Regierung floh nach Dresden und später nach Stuttgart.

GERD MARKMANN

Quellen- und Literaturangaben in Teil 2

Kranzniederlegung

Anläßlich des 44. Jahrestages des Flugzeugunglücks am Stößensee an dem die Piloten **Boris Kapustin** und **Juri Janow** ums Leben kamen, findet eine Kranzniederlegung am Dienstag, den 6. April, 10 Uhr, auf dem Garnisonsfriedhofs in Eberswalde in der Heegermühler Straße statt.

Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V.

Bürgersprechstunde mit Sabine Stüber

Eberswalde (cp). Die Bundstagsabgeordnete Sabine Stüber (DIE LINKE) führt am 31. März in Ihrem Eberswalder Wahlkreisbüro (Breite Str. 46) ab 15 Uhr ihre Bürgersprechstunde durch. Am Vormittag und Mittag besucht sie Einrichtungen und Verbänden, wie z. B. den

Landhof Liepe. Auch im April ist Sabine Stüber in ihrem Oberbarnimer Wahlkreis unterwegs. Am 14.4. und 28.4. wird sie in ihrem Eberswalder Wahlkreisbüro persönlich für die Bürgerinnen und Bürger für Gespräche zur Verfügung stehen.

Kunst trifft Wirtschaft

Kunstprojekte in der Eisenbahnstraße in Eberswalde

Der Kunstverein Die Mühle e.V. hat mit seinen über 100 Mitgliedern seinen Standort in der zum Denkmal erklärten Zainhammer Mühle in Eberswalde. Seit über zwanzig Jahren bietet die Zainhammer Mühle eine Plattform für die künstlerische Betätigung von Eberswaldern und Gästen auf dem Gebiet der Malerei, der Holzgestaltung, der Keramik und der Metallgestaltung. Von einem der Sponsoren des jährlich erscheinenden Mühlenkalenders, Herrn Kattaneck, im November 2009 angesprochen, erklärten sich die Mitglieder des Vereins spontan bereit, die Idee der Belebung der ehemaligen Haupteinkaufsstraße von Eberswalde mit zu tragen und an ihrer Umsetzung mitzuwirken.

Wir betrachten diesen Prozeß der Vorbereitung und Umsetzung des Projektes »Kunst trifft Wirtschaft« initiiert durch den WIR e.V. in der Eisenbahnstraße nicht als einmalige Aktion sondern als Chance für eine sich entwickelnde kontinuierliche ja nachhaltige Zusammenarbeit von Künstlern und Gewerbetreibenden. In unserer Gesellschaft kann Kunst nicht ohne Mäzene und die Gesellschaft nicht ohne Kunst existieren. Wir hoffen auf ein gegenseitiges Geben und Nehmen zwischen Künstlern und Gewerbetreibenden zum beiderseitigen Vorteil.

Ziel ist es, auf die Eisenbahnstraße aufmerksam zu machen, mehr Leben in die Straße zu holen und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Dazu soll das Potential, das die Straße zu bieten hat und das in den Bürgern dieser Stadt steckt, aus dieser Straße etwas zu machen, genutzt werden. Die Grundidee besteht darin, an Gebäuden, auf Hinterhöfen, in Geschäften und auf der Straße bleibende oder vergängliche Kunstwerke zu schaffen. Sie sollen zum Blickfang werden. Mit ihnen soll auf bestimmte Gebäude aufmerksam gemacht werden. Häßliche Ecken sollen attraktiver gemacht werden.

Bis zum Sommer 2010 sollen erste Projekte mit Unterstützung der Wirtschaft durch z.B. das Stellen von Material oder das Organisieren von Zustimmungen der Hausbesitzer oder der Stadtverwaltung umgesetzt werden. Der erste Höhepunkt soll das Fest am 28.8.2010 in der

Straße sein, zu dem alle bis zu diesem Zeitpunkt entstanden Kunstwerke präsentiert werden. Die Eberswalde und Gäste sollen an diesem Tag die Kunstwerke bestaunen, sich mit ihnen beschäftigen oder sogar noch einige selbst mitgestalten können. Eine in der Stadt zu bildende Jury wird das bis zu diesem Tag entstandene interessanteste Kunstprojekt auszeichnen.

Der Verein verfolgt das Ziel, in die Umsetzung des Konzeptes die Ideen vieler Eberswalde einfließen zu lassen. Künstler oder solche, die es werden wollen aus ganz Eberswalde – Schüler, Studenten der Fachhochschule, Vereine und einzelne Bürger – sind aufgerufen, vom Bahnhof bis zur Volksbank durch die Eisenbahnstraße zu gehen und Gestaltungsvorschläge zu machen. An der Gestaltung der kleinen und großen, bleibenden oder vergänglichen Kunstwerke sollen einzelne oder Gruppe von Künstlern, Verein, Studenten, Schulklassen mit ihren Lehrern und Eltern, ja auch einfach nur Passanten Freude haben.

Die kreativen Ideen der Eberswalder sind nun gefragt! Deshalb richten wir heute an die Eberswalder Bevölkerung den Aufruf: Geht einmal wieder vom Bahnhof bis zur Volksbank zu Fuß, schaut euch alles genau an, entdeckt Altes und Neues, schon Gewachsenes in der Straße und macht Vorschläge für eine weitere bessere Gestaltung.

Wir im Verein prüfen dann gemeinsam mit den Gewerbetreibenden, den Hausbesitzern und der Stadt Eberswalde, ob diese Ideen umgesetzt werden können. Natürlich wird das nicht so einfach sein, denn z.B. wohnt nicht jeder Hausbesitzer in der Stadt und hat ein Interesse daran etwas zu verbessern. Aber wir versuchen Schritt für Schritt voran zu gehen.

Die Vorschläge sind zu richten an den Kunstverein Die Mühle e.V., Am Zainhammer 3a, 16225 Eberswalde oder per Mail an muehle@fh-eberswalde.de oder per Telefon unter 03334 655 27. Wir freuen uns auf die Ideen und das tatkräftige Mitwirken der Eberswalder!

VERONIKA BRODMANN, Die Mühle e.V.

Volleyballer gesucht

Es gibt einen neuen Versuch den Volleyball in Eberswalde und im Landkreis Barnim wieder auf ein höheres Niveau zu holen. Derzeit gibt es sehr viele Freizeit- und Breitensport-Teams in der Region. Diese veranstalten einige Turniere, aber keiner der regionalen Vereine spielt in einer Liga mit. Das war mal anders und es soll auch wieder anders werden. Eberswalde war im Brandenburger Ligabetrieb mit dem 1. VC Eberswalde und SV Motor Eberswalde durchaus hochkarätig vertreten. Doch seit Jahren schon fehlt der Nachwuchs und das Interesse. In diesem Jahr soll ein neuer Anlauf genommen werden. Es sind interessierte Volleyballspieler gesucht, die entweder in einer offiziellen Verbandsliga oder in einer selbst organisierten Kreisliga mitspielen wollen. Die Vereine der Region werden auf jeden Fall angeschrieben, wir wollen aber auch interessierte Einzelspieler und Freizeitmannschaften ansprechen. Versucht wird zum neuen Schuljahr eine »Barnim-Liga« wieder aufleben zu lassen. Interessierte melden sich bitte unter 0162-7166198 oder info@martin-hoeck.de. MARTIN HOECK

Rot-rote Regierung hält Wort

Für den Schulamtsbezirk Barnim-Uckermark wird es in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung 27 neue Lehrkräfte geben. Das wird die Probleme an den Schulen nicht lösen aber es ist ein Anfang. Aber wenn mit den neuen Lehrkräften die Ausfallstunden reduziert und an einigen Schulen überhaupt regulärer Unterricht in einem Fach angeboten werden kann, ist das schon eine spürbare Verbesserung.

MARGITTA MÄCHTIG

Neumark-Tour

27. März 2010, Samstag, Auf Walter Müllers Spuren in die Neumark (Autotour Polen) ehemals Landkreis Königsberg mit kleinen Wanderungen und Besichtigungen am Wegesrand.

Die Tour findet zu Ehren von Naturfreund Walter Müller statt, der vor einem Jahr starb. Wir fahren über die Grenze (gültiger Personalausweis!) Erster Halt am Riesennadler. Danach bewundern wir die Zehdener Heide (Erikahänge). In Zehden ersteigen wir den Askanierturm und blicken über das Zehdener Bruch. Mittagsrast im Kloster. Stop an den Rieseneichen von Nieder Lübbichow. In Hohen Lübbichow machen wir einen kleinen Dorfspaziergang. Weiter geht es nach Peetzig, wo wir ebenfalls einen interessanten Dorfspaziergang machen werden. Über Bellinchen, wo wir einen tollen Aussichtspunkt besuchen werden, erreichen wir wieder den Ausgangspunkt der Tour. Die Tour kann als Selbstfahrer oder Mitfahrer erfolgen.

Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200 oder wandermueller@aol.com. Treff: 10 Uhr Bahnhofsvorplatz, Bahnhofstrasse, 16259 Bad Freienwalde. Organisationsgebühr: 4 Euro (Kinder 2 Euro/NaturFreunde 1 Euro).

BERND MÜLLER

Der Mühlenspiralenweg

Ein ROTER TEPPICH- entlang der Hauptachse EISENBAHNSTRASSE- den die EBERSWALDER ihren Gästen ausbreiten- Hommage an meine HEIM(AT)STA(D)IT- mein SCHNECKENHAUS, mein MÜHLRAD.....und wie die Schnecke ihr ZUHAUSEtrage auch ich das meine ständig mit mir- während meine Wege in die Ferne führe- umkreise ich mein Zentrum in Spiralenum mich eines Tages in meiner Mittewiederzufinden...Wer möchte, kann sich auf der Strecke ebenfalls wiederfinden, denn: Für die Realisierung dieses Projektes bitte ich die Eberswalder um SCHÖNE ROTE FESTE STOFFRESTE von mind. 1 x 1m, insgesamt werden ca. 1000 m benötigt. (Die Farböne und Muster dürfen variieren, sollten aber einen im Wesentlichen roten Eindruck hinterlassen.)

Die Stoffe können bis zum 22. Mai 2010 abgeben werden in:

- der Fahrschule »Unter den Buchen« - Eisenbahnstraße 63,
- dem Copyshop-Druckexpress - Eisenbahnstraße 83 und
- im Kulturamt im Museum in der Adlerapotheke.

Ich bin gespannt auf die Stoffe der Eberswalder und die Eberswalder Können gespannt sein auf das Ergebnis.

SABINE EGGELING

Anzeigen

LINKE Abgeordnete eröffnen ein Lesecafé in Eberswalde

Die Bundestagsabgeordnete SABINE STÜBER und die beiden Landtagsabgeordneten MARGITTA MÄCHTIG und Dr. MICHAEL LUTHARDT eröffnen am 23. April 2010 um 12 Uhr das neue Lesecafé in der Geschäftsstelle der LINKEN in der Breiten Straße 46, 16225 Eberswalde. Das Lesecafé wird künftig jeden Montag und Freitag von 9 bis 12 Uhr für alle Bürgerinnen und Bürger offen stehen. Der Termin für die Eröffnung ist nicht zufällig gewählt: Der 23. April wurde 1995 von der UNESCO zum »Welttag des Buches« erklärt und wird seit 1996 auch in der BRD gefeiert.

Mit dem neuen Lesecafé möchten die Abgeordneten allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, in gemütlicher Atmosphäre in Ruhe die Tageszeitung zu studieren, verschiedene Journale und Fachzeitschriften zu durchstöbern oder in Prospekten zu blättern. »Wir möchten die Menschen wieder mehr zum Lesen animieren, außerdem haben so auch die Bürgerinnen und Bürger, die aus finanziellen Gründen auf eine Tageszeitung verzichten müssen, die Chance, sich über die Geschehnisse in der Region zu informieren«, sind sich die Abgeordneten einig.

Das Angebot ist vielfältig. Es reicht von der Märkischen Oderzeitung über das Neue Deutschland, die Offenen Worte, die Wirtschaftswoche, den Steuerzahler bis zum Deutschen Handwerksblatt, um nur einige Angebote zu nennen. Für jede und jeden ist etwas dabei.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind deshalb zur Eröffnung des Lesecafés am 23. April 2010 um 12 Uhr herzlichst in die Breite Straße 46 in Eberswalde eingeladen und natürlich dann künftig jeden Montag und Freitag von 9 bis 12 Uhr.



Nachruf

In tiefer Trauer
nimmt der Kreisvorstand der
Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V.
Eberswalde
Abschied vom Gründungsmitglied
und ersten Kassenwart unserer Organisation

Johanna Voigt.

Am 03. März 2010 ist ein erfülltes Leben zu Ende gegangen.
Im Alter von 81 Jahren hat Johanna Voigt uns für immer verlassen.
Mit ihr verliert die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V.
Eberswalde
einen aufrichtigen Menschen und Freund, der sich jahrzehntelang
für den Freundschaftsgedanken eingesetzt hat.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.
Im Namen des Vorstandes der BFG e.V.
W. Hickel Vorsitzender

Frühlingsfest (Masleniza)

"Steht die Masleniza auf der Straße,
zieht sie dem Winter die Füße weg!"



Der Verein „Kontakt Eberswalde“
lädt alle Kleinen und Großen zum
Frühlingsfest ein!

Reichtes Bühnenprogramm
Spiele und Wettbewerbe für Kinder
und Erwachsene
Tanz, Singen und Überraschungen
Puppentheater
Bling, Tee aus dem Samowar und
andere leckere Sachen



Als Höhepunkt des Festes
„Strohpoppe wird entzündet!“
(aus Huf- des Verlieses)

14. 15.00 Uhr Disco „E-MO“
Gemeinschaftsraum „Dietrich Bonhoeffer“
Sa. 27. März ab 12.00 Uhr
Havellandstraße 15, 16227 Eberswalde

Afghanistan-Perspektiven

Podiumsdiskussion mit Hans-Christian
Ströbele und Prof. Dr. Dr. Michael Daxner am
30. April 2010, 19.30 Uhr, in der Bernauer
Stadthalle (Am Steintor, 16321 Bernau).

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe

Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)

ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)

Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer	Bank	Bankleitzahl
Name, Vorname	Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in	
Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:	Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in	

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Archiv, B90/Grüne, Gädicke, Hannig, Mierau, Moldenhauer

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktions-schluß: 20. März 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 17.4.2010, 12 Uhr.